

20 JAHRE

STUTTGARTER BÜNDNIS
FÜR INTEGRATION



Landeshauptstadt Stuttgart

Referat Soziales und gesellschaftliche Integration

Abteilung Integrationspolitik

Eberhardstraße 61

70173 Stuttgart

E-Mail: sip@stuttgart.de

stuttgart.de/integrationspolitik

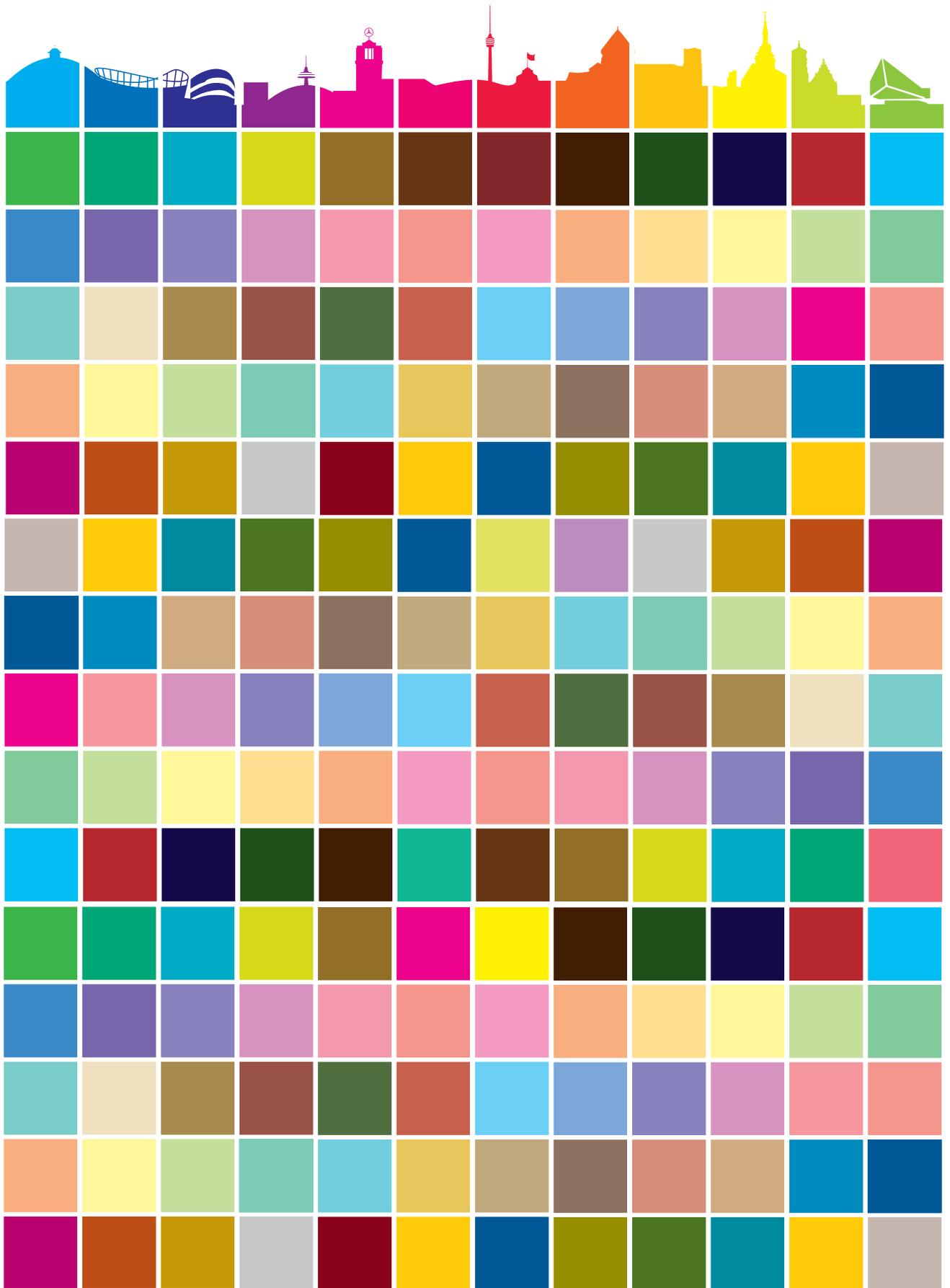
Herausgeberin: Landeshauptstadt Stuttgart; Abteilung Integrationspolitik in Verbindung mit der Abteilung Kommunikation;
Text: Gari Pavković und Ayşe Özbabacan; Redaktion: Laura Schuster; Gestaltung: Uli Schellenberger; Fotos: Martin Lorenz
(Seite 8 oben, 9), Thomas Wagner (Seite 4, 7), Leif Piechowski (Seite 11, 15, 22, 23, 24, 33), Max Kovalenko (Seite 18, 26),
Verena Müller (Seite 25), Karin Fiedler (Seite 21), Benny Ulmer (Seite 12 unten), Volkshochschule Stuttgart (Seite 10 unten),
Forum der Kulturen (Seite 13), Landeshauptstadt Stuttgart (Seite 12 oben, 19, 34), gettyimages (Seite 16/starfotograf, 17/
PeopleImages, 20/alvarez)

November 2021

20 JAHRE

STUTTGARTER BÜNDNIS
FÜR INTEGRATION





Inhaltsverzeichnis

Einführung	5
 Leitlinien der Stuttgarter Integrationspolitik	7
 Konzeptionelle Weiterentwicklung	15
 Aktuelle Arbeitsschwerpunkte	17
 Empfehlungen der Stuttgarter Bündnispartner für Integration	25
 Rückblick: Schwerpunkte der Integrationsarbeit	
2001 bis 2012	27
2013 bis 2021	29
 Ausblick	33
 Anhang	35



Fernsehturm: Wahrzeichen Stuttgarts



Einführung

Die Landeshauptstadt Stuttgart hat im Jahre 2001 mit dem Bündnis für Integration ein Konzept zur kommunalen Integrationspolitik im Sinne einer Gesamtstrategie entwickelt. Im Herbst 2001 verabschiedete der Stuttgarter Gemeinderat dieses Konzept und ermöglichte mit weiteren Beschlüssen in den Folgejahren die Umsetzung von notwendigen Maßnahmen und Projekten. Das Stuttgarter Bündnis für Integration gilt bis heute als eine wichtige Grundlage bei der Entwicklung vergleichbarer Integrationskonzepte in anderen Städten.

Mit dieser Publikation wollen wir einen kurzen Rückblick auf die Schwerpunkte unserer Integrationsarbeit in den letzten 20 Jahren geben. Im Vordergrund stehen jedoch gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen, die wir im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung gemeinsam meistern wollen.

Im Jahre 2016 wurden im neu geschaffenen Referat Soziales und gesellschaftliche Integration verschiedene Integrationspolitiken organisatorisch gebündelt: soziale Integration einschließlich der Integration in die gesundheitliche Versorgung und Schaffung von Lebensräumen für Senioren, Pflegebedürftige und Wohnungslose (Sozialamt, Gesundheitsamt, Eigenbetrieb für Leben und Wohnen), berufliche Integration von Langzeitarbeitslosen (Jobcenter), Inklusion von Menschen mit Behinderungen sowie Integration von Menschen ausländischer Herkunft.

Die ressortübergreifende strategische Planung von gesellschaftlichen Integrationsmaßnahmen ist eine Voraussetzung für die sozial nachhaltige Stadtentwicklung. Mit der Lenkungsgruppe gesellschaftliche Integration haben wir dafür ein Gremium geschaffen, in dem referatsübergreifend auch Fachleute aus der Jugendhilfe, der Stuttgarter Bildungspartnerschaft, dem Staatlichen Schulamt, der Ausländerbehörde, den Migrationsdiensten der freien Träger sowie Beauftragte aus verschiedenen Stabsstellen mitwirken. Stuttgart als eine sozial inklusive und integrative Stadt hat sich auch zum Ziel gesetzt, eine kinderfreundliche, bildungsgerechte und vielfältige Stadt zu sein. Somit ist das Stuttgarter Bündnis für Integration in eine

erweiterte gesellschaftliche Integrationspolitik eingebettet. Die Abteilung Integrationspolitik unter der 20-jährigen Leitung von Gari Pavković ist eine wichtige Impulsgeberin bei der Weiterentwicklung von integrationspolitischen Strategien im Sozial- und Bildungsbereich. Das Team des Integrationsbeauftragten steht für Kontinuität und zugleich für gelungene Umsetzung von innovativen Integrationsprojekten in Zusammenarbeit mit vielen Mitwirkenden aus der Zivilgesellschaft.

Das Stuttgarter Bündnis für Integration ist das Ergebnis vieler gemeinsamer Anstrengungen für gelingende soziale Integration und für ein gutes Zusammenleben in kultureller Vielfalt. Der frühere Oberbürgermeister Wolfgang Schuster hat im Vorwort zur Broschüre „Zehn Jahre Stuttgarter Bündnis für Integration“ geschrieben: „Der Gemeinderat der Landeshauptstadt, die städtischen Ämter, freien Träger, Institutionen des Landes und zahlreiche Akteure der Bürgergesellschaft haben wesentlich dazu beigetragen, dass Stuttgart eine weltweite und lebenswerte Stadt ist, in der zugewanderte Stuttgarter*innen aus aller Welt heimisch werden können und heimisch geworden sind.“ Dies gilt auch nach 20 Jahren.

Das Zusammenleben der Menschen in unserer Stadt wird vom Umfeld geprägt, in dem sie leben, ebenso von großen gesellschaftlichen Entwicklungen. Die COVID-19-Pandemie und die damit einhergehenden Einschränkungen, Digitalisierung, veränderte Anforderungen und ungleiche Teilhabechancen auf dem Arbeitsmarkt verunsichern weite Teile der Bevölkerung, ebenso wie die notwendige Umstrukturierung der Wirtschaft in Richtung klimafreundlichere Produkte, Fachkräftesicherung durch Zuzüge aus dem In- und Ausland bei gleichzeitigem Anstieg der Immobilien- und Mietpreise, die Folgen von Überalterung auf soziale Sicherungssysteme sowie neue Protestbewegungen.

Die zunehmende Vielfalt an Lebensformen wird von einigen als eine Gefahr für das Gemeinwesen empfunden. Andere sehen darin ein Innovationspotenzial. Es gibt unterschiedliche und teilweise gegensätzliche Erwartungen der Men-



schen an die Stadtverwaltung und die Politik. Wir benötigen eine gemeinsame Verständigung darüber, wie wir in unserer Stadt zusammenleben wollen. Eine zukunftsweisende gesellschaftliche Integrationspolitik hat zum Ziel, allen Bevölkerungsgruppen faire Teilhabechancen am öffentlichen Leben zu ermöglichen. Dies ist eine gemeinsame Aufgabe von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Verwaltungsintern gilt es, die strategische Sozial- und Integrationsplanung noch stärker ämter- und referatsübergreifend auszurichten.

Es geht um Chancengleichheit und sozialen Zusammenhalt in einer vielfältigen Gesellschaft. Deshalb werden wir die notwendigen Handlungsprogramme partizipativ mit den verschiedenen sozialen Gruppen weiterentwickeln. Dabei geht es auch um den konstruktiven Umgang mit gesellschaftlicher Diversität. Jugendforen, Zukunftsdialoge mit verschiedenen Bevölkerungsgruppen, Programme zur Demokratiebildung sowie konkrete Initiativen zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele und zur Verbesserung des

Miteinanders in den Stadtquartieren sind Schritte zur positiven Gestaltung unseres Gemeinwesens.

Bei der Stärkung des sozialen Zusammenhalts und bei der Meisterung der künftigen Herausforderungen werden wir unsere Bürger*innen mit Migrationsbiografie noch stärker einbinden. Eine weltoffene und solidarische Stadtgesellschaft ist unser gemeinsames Anliegen. Vielfalt steht für neue Ideen und kreative Lösungen. Das Verbindende stärken bedeutet auch, unterschiedlichen Sichtweisen und Lebensformen mit Respekt zu begegnen. Unterschiede sollen jedoch nicht zur Benachteiligung von Teilgruppen führen. Die Entwicklung einer gemeinsamen Vision vom guten Zusammenleben ist ein Aushandlungsprozess, der phasenweise mit Konflikten einhergehen kann. Das verbindende Leitziel ist die lebenswerte Stadt für alle Menschen.

Mein Dank gilt allen haupt- und ehrenamtlich Engagierten, die bereits jetzt in vielfältiger Weise einen Beitrag leisten, damit Stuttgart auch in Zukunft eine lebenswerte Stadt bleibt.



Dr. Alexandra Sußmann
Bürgermeisterin für Soziales und gesellschaftliche Integration

Leitlinien der Stuttgarter Integrationspolitik



46 Prozent der Bevölkerung in Stuttgart haben einen Migrationshintergrund.

Ziele und Handlungsfelder der Stuttgarter Integrationspolitik sind in verschiedenen städtischen und externen Publikationen dargestellt worden, ausführlich in der Fortschreibung des Bündnisses für Integration 2009 und im Buch des früheren Oberbürgermeisters Dr. Wolfgang Schuster „Willkommen im Einwanderungsland!“ im Jahr 2012. Eine ausgewählte Liste der Publikationen zur Stuttgarter Integrationspolitik ist im Anhang beigefügt.

Im Kapitel zum Rückblick gehen wir insbesondere auf die Entwicklungen der letzten zehn Jahre ein. Diese waren und sind geprägt von der Zuwanderung junger Fachkräfte aus der Europäischen Union und aus Drittstaaten sowie von der starken Zuwanderung der Geflüchteten seit dem Jahr 2015. Das Stuttgarter Integrationskonzept basiert auf drei Leitziele und den damit verbundenen Umsetzungsstrategien:

- Neuzugewanderten das Ankommen erleichtern
- Teilhabe und Zusammenhalt gemeinsam fördern
- Vielfalt in der Einwanderungsstadt produktiv nutzen und gestalten

1. Ankommen erleichtern

Migration ist weltweit ein Dauerzustand. Dazu gehören die Binnenmigration innerhalb des Landes sowie die transnationale Mobilität, also Zuwanderung aus dem Ausland und Wegzüge ins Ausland. Im Gegensatz zu klassischen Einwanderungsländern in Übersee ist Deutschland eine Migrationsgesellschaft. Die meisten Menschen aus dem Ausland kommen mit einer temporären Orientierung zu uns und nicht als klassische Eingewanderte wie beispielsweise Deutsche und Menschen aus Südeuropa, die im 19. Jahrhundert in die USA ausgewandert sind. Viele Zugewanderte haben enge Bezüge zu mehreren nationalen Räumen.

Das deutsche Aufenthaltsgesetz sieht folgende Aufenthaltsw Zwecke vor:

- Ausbildung (Studium, betriebliche Ausbildung, Sprachkurs)
- Erwerbstätigkeit
- Familiennachzug
- humanitäre und politische Gründe

- besondere Aufenthaltsrechte (Saisonarbeiter*innen, Dienstleister im Rahmen der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung u.a.)

Nicht jeder Aufenthaltstitel beinhaltet die gleichen Rechte hinsichtlich Erwerbstätigkeit, Sozialleistungen und Aufenthaltsverfestigung. Zuwanderung wird durch gesetzliche Vorgaben auf der Bundesebene gesteuert, und auch zentrale Integrationsmaßnahmen für Neuzugewanderte liegen in der Zuständigkeit des Bundes. Neuzugewanderte aus dem Ausland (kurz: Migrant*innen) sind somit eine sehr heterogene Gruppe. Die größte Teilgruppe unter ihnen sind Arbeitsmigrant*innen aus anderen EU-Ländern und aus Drittstaaten. Stuttgart benötigt als ein starker Wirtschaftsstandort, der wie andere europäische Städte von Überalterung geprägt ist, qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland, verstärkt in technischen Berufen und im Gesundheitssektor.

Die Bevölkerung Stuttgarts ist seit 2011 deutlich gestiegen, vor allem durch Zuzüge aus dem Ausland. Am 30. September 2021 lebten rund 602.400 Menschen in Stuttgart. Ein gutes Viertel von ihnen sind ausländische Staatsangehörige (26 Prozent), knapp die Hälfte hat einen Migrationshintergrund (46 Prozent). Die Stadt und Region Stuttgart sind für Arbeitssuchende aus dem In- und Ausland attraktiv, weil die hiesige Wirtschaft ihnen vielfältige berufliche Perspektiven bietet – in Industrie und Handel, im Handwerk und in Gesundheitsberufen,



Stuttgart zieht Studierende aus aller Welt an.

verstärkt auch in Wissenschaft und Forschung. Aus integrationspolitischer Sicht und aus der Sicht der Wirtschaftsförderung wollen wir die Fachkräfte aus aller Welt gewinnen und auch langfristig bei uns halten. Zu den Fachkräften gehören vielfach auch ihre Familien.

Anreize zum Bleiben bieten

Der integrationspolitische Dreiklang „Ankommen – Bleiben – Mitgestalten“ gilt auch in Bezug auf internationale Studierende als potenzielle künftige Fachkräfte. Viele junge Menschen studieren einige Jahre im Ausland, um sich später anderswo beruflich zu orientieren („study and go“). Nach dem Ansatz von „study and stay“ ermöglichen wir internationalen Studierenden mit Informationsveranstaltungen und verschiedenen Initiativen gelingende Übergänge vom Studium in den Beruf, wenn die jungen Menschen sich im Laufe ihres Studiums für diese Option entscheiden. Stuttgart bietet den Neubürger*innen über den Beruf hinaus viele Anreize zum Bleiben: ein gutes Bildungs- und Kulturangebot, vielfältige Sport- und Freizeitmöglichkeiten, eine familienfreundliche Infrastruktur, Sicherheit im öffentlichen Raum und nicht zuletzt eine leistungsstarke öffentliche Verwaltung. Ein größeres Problem ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in der Stadt.

Aus langjähriger Erfahrung wissen wir, dass Integration trotz guter Rahmenbedingungen in Stuttgart kein Selbstläufer ist. In der Phase der Erstintegration sind drei Faktoren besonders wichtig, damit Neuzugewanderte heimisch werden:

1. die neuen Stuttgarter*innen willkommen heißen;
2. Neuzugewanderte aus dem Ausland zeitnah durch passende Integrationsmaßnahmen unterstützen: Beratung, gute Deutschförderung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, weitere Bildungsangebote;
3. positive Beziehungen zu Einheimischen (mit und ohne Migrationsgeschichte) aufbauen, bei Bedarf mit Unterstützung durch Willkommenspaten und andere Integrationslot-

Vielseitige Angebote, damit Neuzugewanderte heimisch werden

sen, durch die verstärkte Ausrichtung der Stadtteilzentren als „Willkommensräume“ bzw. „Ankunftsquartiere“ mit attraktiven Angeboten für die mehrheimischen Stuttgarter*innen, also Menschen, die in mehreren Kulturen, Sprachen und Lebenswelten beheimatet sind.

Stuttgart gilt als eine weltoffene Stadt. Eine von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Bürgergesellschaft angestrebte Willkommenskultur ist glaubwürdig, wenn sie alle Neubürger*innen einschließt. Es ist legitim, im Kontext der Arbeitsmigration und der Wirtschaftsförderung „die besten Köpfe“ aus aller Welt gewinnen und halten zu wollen.

Diese Haltung der Offenheit und Akzeptanz gilt auch gegenüber Menschen, die als Geflüchtete zu uns gekommen sind. Auf Bundes- und Länderebene waren Asylsuchende lange Zeit keine Zielgruppe der Integrationspolitik.

Unterstützung für Neuzugewanderte

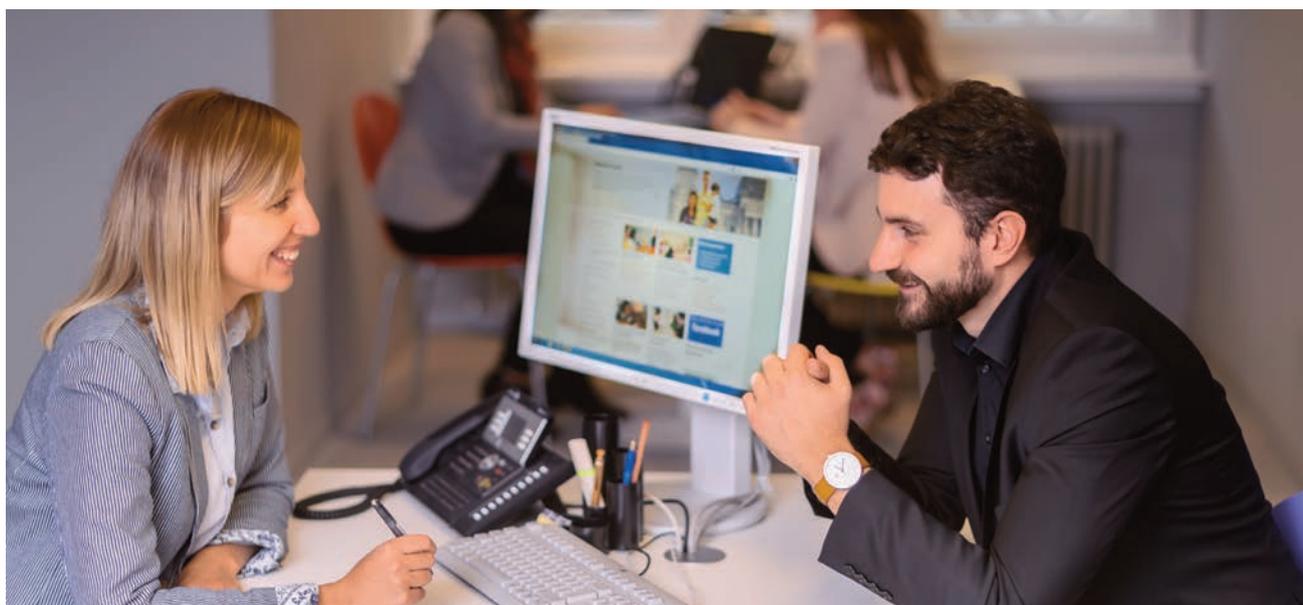
Stuttgart wurde überregional bekannt durch den inklusiven Leitsatz des früheren Oberbürgermeisters Dr. Wolfgang Schuster: „Stuttgart ist eine Einwanderungsstadt und jeder, der hier lebt, ist Stuttgarter Bürger“ (Stuttgarter Bündnis für Integration. Fortschreibung 2009). Diese liberale Grundhaltung wurde bereits von seinem Vorgänger Manfred Rommel geprägt. Laut Rommel besteht der Sinn des Lebens nicht nur darin, sich selbst zu verwirklichen, sondern etwas Sinnvolles

für andere Menschen zu tun. Wir alle sind Stuttgarter*innen, und gute Stuttgarter*innen leisten einen Beitrag zum Allgemeinwohl.

Eine Willkommenskultur muss auch in kommunalen Verwaltungsstrukturen verankert sein. Ein Meilenstein in dieser Richtung war das Stuttgarter Welcome Center in der Amtszeit des Oberbürgermeisters Fritz Kuhn. Diese 2014 geschaffene Beratungsstelle für Neuzugewanderte in gemeinsamer Trägerschaft der Landeshauptstadt Stuttgart und der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart arbeitet eng mit vielen Fachstellen zusammen. Das mehrsprachige Team des Welcome Centers wird durch Einbindung von Berater*innen aus den Migrationsdiensten verstärkt.

Kollegiale Fachberatung für städtische Ämter und freie Träger zu den komplexen aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen bietet die Fachstelle Migration an.

Die Fachstelle Migration und das Welcome Center sind der Abteilung Integrationspolitik zugeordnet. Strategische Planung und der direkte Praxisbezug in der Migrationsarbeit ergänzen sich gegenseitig. Seit 2005 koordiniert die Abteilung Integrationspolitik die Kooperationsnetzwerke für die Integrationskurse des Bundes und die ergänzenden kommunalen Deutschkurse. Die wohnortsnahen städtischen „Mama lernt Deutsch“-Kurse werden seit 2002 an Schulen



Das Welcome Center Stuttgart berät und begleitet Neuzugewanderte.

angeboten. Hinzu kamen seit 2015 die vom Land kofinanzierten Deutschkurse für Migrant*innen nach der Verwaltungsvorschrift (VwV) Deutsch. Zum Gesamtprogramm Sprache gehören seit 2016 auch die auf den Integrationskursen aufbauenden Kurse der berufsbezogenen Deutschförderung.

Im Stuttgarter Kooperationsnetzwerk zum Gesamtprogramm Sprache sind neben den Sprachkursträgern weitere relevante Einrichtungen vertreten: Regionalkoordinator*innen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Ausländerbehörde, Clearingstelle sprachliche Integration und Bürgerservice Soziale Leistungen für Flüchtlinge (Sozialamt), Agentur für Arbeit und das städtische Jobcenter, Welcome Center, die Migrationsdienste der freien Träger sowie der Stuttgarter Ausbildungscampus.

Bürgerengagement als wichtiger Erfolgsgarant

Deutschkurse sowie andere staatliche und kommunale Eingliederungshilfen sind wichtige Voraussetzungen für die berufliche und gesellschaftliche Integration. Ein wesentlicher Faktor für die Beheimatung der Neubürger*innen ist auch der Aufbau von sozialen Kontakten und Freundschaften mit Nachbarn und mit anderen Personen – in der Schule, am Arbeitsplatz, im Sport- oder Kulturverein. Diese Vertrauenspersonen erleichtern



Deutschkurse

Stuttgart ist Gemeinschaft – dank Dir.

Plakatkampagne in Kooperation der Johann-Friedrich-Cotta Schule und Ströer Deutsche Medien GmbH

das Ankommen. Dazu gehören auch freiwillig Engagierte in Migrantenorganisationen, in Flüchtlingsfreundeskreisen sowie weitere Brückenbauer in die deutsche Gesellschaft, wie Bildungspaten. Die Arbeit des Welcome Centers wird bei Bedarf durch ehrenamtliche Willkommenspaten für Neuzugewanderte unterstützt.

Laut einem afrikanischen Sprichwort braucht es ein ganzes Dorf, um ein Kind zu erziehen. Das Stuttgarter Bündnis für Integration ist dank des vielfältigen Bürgerengagements eine Erfolgsgeschichte. Es braucht die gesamte Stadtgesellschaft, um den neuen Stuttgarter*innen gleichberechtigte Teilhabechancen zu ermöglichen und ihnen die Erfahrung zu vermitteln, dass sie dazugehören.

Leitprinzipien der Integrationspolitik

Kommunale und staatliche Stellen sowie zivilgesellschaftliche Initiativen unterstützen die Integration und Partizipation der Neuzugewanderten (Prinzip des Förderns). Der Erfolg hängt maßgeblich von der Integrationsbereitschaft der Migrant*innen selbst ab (Prinzip der Eigenverantwortung). Personen, die soziale Leistungen in Anspruch nehmen, werden zur Teilnahme an Deutsch- und Integrationskursen verpflichtet (Prinzip des Forderns).

Den gemeinsamen Werterahmen für die Integration bildet unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung (u.a. mit dem Prinzip der Gleichbehandlung). Individuelle Rechte und Gruppeninteressen dürfen die Interessen und das Wohl der All-

gemeinheit nicht beeinträchtigen (Gemeinwohlorientierung). Eigenverantwortung und damit verbunden die eigene Leistungsbereitschaft, Gleichbehandlung und Gemeinwohlorientierung sowie die aktivierende Steuerung des Sozialstaates nach dem Prinzip des Förderns und Forderns sind Leitprinzipien der gesellschaftlichen Integrationspolitik in Deutschland.

2. Teilhabe und Zusammenhalt fördern

Gesellschaftliche Integration ist eine Querschnittsaufgabe der Stadtverwaltung und ihrer Kooperationspartner*innen. Die Stadt als Dienstleisterin hat den Auftrag, allen Bevölkerungsgruppen den gleichberechtigten Zugang zur kommunalen Daseinsvorsorge zu ermöglichen. Öffentliche Dienstleistungen können in Wohlfahrtsstaaten wie Deutschland von allen Einwohner*innen in Anspruch genommen werden. Zivile und soziale Rechte, die früher Privileg von Staatsbürger*innen waren, gelten auch für ausländische Staatsbürger*innen mit einem festen Aufenthaltsstatus.

Trotz weitgehender Gleichstellung bestehen bei bestimmten Bevölkerungsgruppen erhöhte Zugangsbarrieren zur Regelversorgung. Dazu gehören Personen, die von Armut und verschiedenen Beeinträchtigungen betroffen sind (chronische Erkrankungen, Behinderung usw.). Zu den migrationsbedingten Barrieren zählen unzureichende Deutschkenntnisse, Un-

kenntnis über die Zuständigkeiten und Strukturen von Institutionen sowie Diskriminierungserfahrungen.

Es liegt in der Verantwortung der kommunalen Einrichtungen, die Zugänglichkeit zu ihren Dienstleistungen für alle Bevölkerungsgruppen sicherzustellen. Durch Maßnahmen der Personal- und Organisationsentwicklung sollen gleichwertige Teilhabechancen für Migrant*innen ermöglicht und gewährleistet werden, die im Fachjargon als interkulturelle Öffnung der Verwaltung bezeichnet werden. Diese Maßnahmen beinhalten interkulturelle Fortbildungen des Personals (Kompetenzerweiterung im Umgang mit migrationsbedingter Vielfalt), bei Bedarf den Einsatz von qualifizierten Dolmetscher*innen und die Einstellung von mehrsprachigen Fachkräften mit Migrationshintergrund, die mit den verschiedenen Lebenswelten der Zugewanderten vertraut sind.

Mehr Vielfalt bei der Stadt und in Unternehmen

Teilhabe beschränkt sich nicht auf die Inanspruchnahme von kommunalen und staatlichen Dienstleistungen, die eine selbstständige Lebensführung fördern sollen. Es geht auch um den gleichberechtigten Zugang zu Positionen in zentralen Institutionen des öffentlichen Lebens. Die Stadt als Arbeitgeberin will unter anderem auch den Anteil von Personen mit Migrationshintergrund als Auszubildende und Beschäftigte er-



Begrüßung der Auszubildenden in der Liederhalle

höhen. Die Zusammensetzung der Mitarbeiter*innen soll die gesellschaftliche Vielfalt repräsentieren. Das Vertrauen in staatliche Institutionen wird gestärkt, wenn deren Personal alle Bevölkerungsgruppen widerspiegelt. Das demokratische Versprechen lautet: Jede*r kann unabhängig von Geschlecht, Herkunft und anderen Merkmalen höhere Positionen im öffentlichen Dienst erreichen, wenn er/sie entsprechende Qualifikationen und Leistungsbereitschaft mitbringt.

Auch hier liegt es in der Verantwortung der öffentlichen Verwaltung, bewusste oder unbewusste Ausgrenzungsmechanismen zu erkennen und abzubauen. Dasselbe gilt für die Privatwirtschaft, für Politik und Medien. Die öffentliche Verwaltung soll bei der interkulturellen Ausrichtung eine Vorbildrolle übernehmen.

Empowerment-Programme fördern Partizipation

Die Kommunalverwaltung ist nicht zuletzt eine wichtige Gestalterin des gesellschaftlichen Wandels. Bei vielen Planungsprozessen werden Bürger*innen beteiligt. Zivilgesellschaftliche Initiativen werden unterstützt, die mit ihrem Engagement wiederum die Verwaltung entlasten, wie zuletzt in der Flüchtlingshilfe. Migrant*innenorganisationen sind aktive Bündnispartner*innen für Integration in Stuttgart. Sie engagieren sich zunehmend in der lokalen Partnerschaft für Demokratie und in anderen Projekten zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Politische Bildung ist eine Voraussetzung für politische Partizipation. Sachkundige Mitglieder im Internationalen Ausschuss



PASS Auf, Lass Dich einbürgern

beraten den Gemeinderat und die Verwaltung zu verschiedenen Fragen von Migration und Integration. Die Stadt fördert durch die Einbürgerungskampagne und verschiedene Empowerment-Programme die gesellschaftliche und politische Partizipation der Migrant*innen. Das Motto Stuttgarts im Kontext von Teilhabe ist: Gesellschaft gemeinsam gestalten und dabei die Potenziale aller Beteiligten nutzen (Empowerment). Integration ermöglicht Partizipation. Aktive Partizipation stärkt wiederum die eigene Verbundenheit mit der Stadt, in der man lebt. Die Erfahrung des Dazugehörens lenkt die Aufmerksamkeit auf das, was uns trotz Verschiedenheit verbindet. Etwa zwei Drittel der Stuttgarter Bevölkerung wohnen in den äußeren Stadtbezirken. Bei der Gestaltung der Quartiere in Stadtteilinitiativen, Bürgerforen und anderen Gremien vor Ort sind Migrant*innen noch unterrepräsentiert.

3. Vielfalt nutzen und gestalten

Die Landeshauptstadt Stuttgart fördert im Sinne des europäischen Leitbilds zur Integration kulturelle Vielfalt und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Beides steht in einer Wechselwirkung zueinander. Die Akzeptanz von Vielfalt stärkt den sozialen Zusammenhalt. Im Stuttgarter Bündnis für Integration werden drei Leitziele formuliert:

1. Förderung der Partizipation und der Chancengleichheit von Menschen unterschiedlicher Herkunft sowie
2. Förderung des friedlichen Zusammenlebens der verschiedenen Bevölkerungsgruppen sowie
3. Nutzung der kulturellen Vielfalt für die Erweiterung der persönlichen und beruflichen Kompetenzen aller in der internationalen Stadtgesellschaft



Basis des Zusammenlebens: das Grundgesetz

In der Publikation zu Grundlagen der Integrationspolitik in der Landeshauptstadt Stuttgart von 2006 schreiben wir: „In einer offenen Gesellschaft bedeutet kulturelle Vielfalt Bereicherung und damit zugleich eine Verbesserung der Lebensqualität, aber auch ein Erfordernis für persönliche und gesellschaftliche Entwicklung. Durch den Dialog mit anderen Kulturen erweitern alle Bevölkerungsgruppen ihr Repertoire an Handlungsmöglichkeiten und Fähigkeiten.“

Mit dem bisher benutzten Begriff kultureller Vielfalt ist die durch Zuwanderung geprägte Pluralität gemeint, also migrationsbedingte Vielfalt. Eine andere Bezeichnung für Vielfalt ist Diversität (über englisch diversity von lateinisch diversitas). Dieser Begriff bedeutet auch Verschiedenheit. Diversitätsmanagement in gesellschaftspolitischen Kontexten und in Organisationen ist somit auch der konstruktive Umgang mit Verschiedenartigkeit von Personen und sozialen Gruppen mit ihren vielfältigen Sichtweisen, Erfahrungen und Kompetenzen. Heterogenität wird in homogen ausgerichteten Lernkontexten eher als ein Problem wahrgenommen.

Stuttgart: eine vielfältige Stadtgesellschaft

In Stuttgart leben Zugewanderte, Eingewanderte und ihre Nachkommen aus über 180 Herkunftsländern aus allen Kontinenten dieser Welt. Von den knapp 156.000 ausländischen Staatsangehörigen bilden Personen aus Europa einschließlich der Türkei die größte Migrantengruppe (rund 116.000, Daten zum Stichtag 31. Dezember 2020). Rund 277.500 Einwohner*innen haben einen Migrationshintergrund. Zu diesen zählen neben den ausländischen Staatsangehörigen deutsche Staatsbürger*innen, die im Ausland geboren sind sowie deren minderjährige Kinder. Migrationsbedingte Vielfalt beinhaltet unter anderem:

- Vielfalt der in Stuttgart gesprochenen Sprachen (Mehrsprachigkeit),
- der Kulturen in ihren traditionellen und zeitgenössischen Ausprägungen aus aller Welt (Multikulturalität) sowie neue kulturelle Ausdrucksformen aus wechselseitiger Beeinflussung und Verbindung der Kulturen (Interkulturalität, Transkulturalität) und
- der Religionen sowie neue spirituelle Entwicklungen

Zusammengefasst bedeutet das: Vielfalt von Sichtweisen, Erfahrungen und Kompetenzen in Bezug auf verschiedene Lebensbereiche und Wissensgebiete („Weltwissen“ der Einwanderungsgesellschaft).



Kulturelle Vielfalt in Stuttgart

„Vielfalt ist unsere Stärke.“ Dieses Motto der kanadischen Stadt Toronto gilt auch für Stuttgart. Kreative Städte und Regionen weltweit zeichnen sich dadurch aus, dass sie in der Entwicklung innovativer Technologien, in der Kulturarbeit und in anderen Handlungsfeldern die vielfältigen Talente und Potenziale der Eingewanderten nutzen.

Migrant*innen wirken bei Integrationsarbeit mit

Die Landeshauptstadt Stuttgart nutzt die vielfältigen Kompetenzen der internationalen Bevölkerung auch gezielt in der Integrationsarbeit. Dazu gehören Projekte und Maßnahmen nach dem Ansatz „Mit Migrant*innen für Migrant*innen“:

- Mitwirkung von Migrant*innen in verschiedenen städtischen Lotsenprojekten wie zum Beispiel interkulturelle Brückenbauer, Gesundheitslotsen, Gewaltprävention in Flüchtlingsunterkünften,
- Förderung von vergleichbaren Mentorenprogrammen bei freien Trägern und in Migrantenorganisationen wie zum Beispiel das Stipendien- und Mentorenprogramm „Agabey-Abla“ (großer Bruder – große Schwester) des Deutsch-Türkischen Forums sowie
- verschiedene Integrationsprojekte von Migrantenorganisationen und Flüchtlingsinitiativen.

Der erweiterte Ansatz „Mit Migrant*innen (und Nicht-Migrant*innen) für alle“ fördert die Kulturarbeit von Migrantenorganisationen und anderen interkulturellen Akteur*innen projektbezogen und institutionell. Auch neuere Projekte in der politischen Bildung (Projekt „Hallo Demokratie“) und in der Schnittstelle Integration/Kriminalprävention („Respektlotsen“, Peer-Mentoring bei der Deutschen Jugend aus Russland u.a.) werden unterstützt.



Mehrsprachige Integrationslots*innen verfügen über gute Zugänge zu den Lebenswelten der verschiedenen Migrantencommunities. Die Stadt nutzt die Potenziale der mehrsprachigen Bevölkerung unter anderem durch Einsatz von qualifizierten Dolmetscher*innen in verschiedenen Ämtern.

Migrant*innen bringen ihr Sach- und Erfahrungswissen in verschiedene Beratungsgremien ein. Dazu gehören städtische Arbeitskreise und thematische Arbeitsgruppen beim Forum der Kulturen und bei anderen Organisationen. Politische Beratung zu Migration und Integration durch sachkundige Einwohner*innen findet in den Bezirksbeiräten statt, für den Gemeinderat im Internationalen Ausschuss.

Abbau von Diskriminierung

Mit zunehmender gesellschaftlicher Anerkennung und mit wachsendem Selbstbewusstsein der früher eher marginalisierten Bevölkerungsgruppen steigt auch die Erwartung dieser Teilgruppen auf gleichberechtigte Repräsentanz in gesellschaftlichen Institutionen. Dies gilt neben Migrant*innen und Schwarzen Menschen/People of Color auch für Mitglieder nichtchristlicher Religionsgemeinschaften, für Menschen mit Behinderungen und für Mitglieder der LSBTTIQ-Community. Es geht um rechtliche und strukturelle Gleichstellung. Vorläufer dafür ist die Frauenbewegung. Mit dem Anspruch auf gleichberechtigte Repräsentanz und Mitbestimmung sind neue Aushandlungsprozesse und Verteilungskonflikte verbunden. Verbesserte Teilhabechancen führen dazu, dass viel mehr über Diskriminierung aufgebeht und diskutiert wird als vorher (Integrationsparadox nach Aladin El-Mafaalani).

Bei vielen Programmen unter der Überschrift „Diversität gestalten“ geht es darum, die Teilhabe durch Abbau von Diskriminierung zu verbessern. Fast alle Städte mit dem Anspruch, eine weltoffene Kommune zu sein, haben mit Bundesförderung lokale Partnerschaften für Demokratie aufgebaut, viele haben auch Antidiskriminierungsbüros eingerichtet. Die Stuttgarter Partnerschaft für Demokratie besteht seit 2017 und wird seit 2020 im größeren Umfang aus städtischen Mitteln kofinanziert. Die neue Polarisierung durch Rechtspopulismus und andere antidemokratische Bewegungen sowie soziale Ungleichheit gefährden das friedliche Zusammenleben in der pluralen Demokratie stärker als andere negative Entwicklungen. Deshalb sind Demokratiebildung und Maßnahmen gegen Diskriminierung wichtige Bausteine der gesellschaftlichen Integrationspolitik in Stuttgart.

Begegnungsräume in der Stadt schaffen

Kreative Potenziale in der internationalen Stadt (oben zusammengefasst als „Weltwissen“) zu fördern und zu nutzen, konzentriert sich vor allem auf den Kulturbereich. Die institutionelle Förderung des Forums der Kulturen, des Deutsch-Türkischen Forums und einiger weiterer interkultureller Organisationen hat das Stuttgarter Kulturleben stark bereichert. Das Wissen und die Akteure sind da, um vergleichbare interkulturelle und transkulturelle Ansätze in anderen Handlungsfeldern auszubauen: Erziehung und Bildung, Gesundheitsförderung, neue gemeinwohlorientierte Wohnformen, sozial inklusive Quartiersentwicklung und Weiterentwicklung einer gesamtstädtischen Nachhaltigkeitsstrategie. Dafür braucht es angemessene Räume in der Stadt, in denen innovative Entwicklungen konkret erprobt werden können (Reallabore für transkulturelles Lernen in Kooperation von Zivilgesellschaft und Wissenschaft).

Mit einem Haus der Kulturen soll ein Ort geschaffen werden, von dem aus zukunftsweisende Impulse in diese Richtung ausgehen, eine gemeinsame Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels mit Beiträgen aus der internationalen Stuttgarter Bevölkerung und von Fachleuten aus aller Welt. Wir wollen die vorhandenen Vielfaltskompetenzen nutzen, um eine gemeinsame Vision für unsere Stadt von morgen und Wege dorthin zu entwickeln. Das Haus der Kulturen soll darüber hinaus ein Labor für zeitgenössische transkulturelle Kunst sein. Partizipative Projekte stellen ein zentrales Element der Programmgestaltung dar. Das Schaffen von Begegnungsräumen ist ein wesentlicher Bestandteil jeglicher Programmkonzeption.

Konzeptionelle Weiterentwicklung

Das Referat für Soziales und gesellschaftliche Integration (kurz: Referat SI) wurde 2016 eingerichtet, um die verschiedenen Strategien und Maßnahmen gegen Ungleichheit und für gleichberechtigte Teilhabe „unter einem Dach“ zusammenzuführen.

1. Ein erweitertes Integrationsverständnis

Das Referat SI geht von einem erweiterten Integrationsverständnis aus. Sozialpolitik und gesellschaftliche Integrationspolitik haben immer alle Bevölkerungsgruppen im Blick. Es bedarf weiterhin spezifischer Programme für Migrant*innen. Bei diesen sind wiederum passgenaue Maßnahmen für Geflüchtete, für neuzugewanderte Fachkräfte, für Kinder und Jugendliche aus eingewanderten Familien, für Frauen sowie für ältere Menschen erforderlich. Und es bedarf weiterhin spezifischer Maßnahmen für Menschen mit Behinderung sowie für Menschen, die von Armut, von gesundheitlichen Beeinträchtigungen und von anderen Belastungen betroffen sind.

Zugleich gilt es, bei strategischen Planungen die jeweiligen Überschneidungen und Wechselwirkungen der verschiedenen Einflussfaktoren zu beachten, die zu gesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnissen führen (intersektionaler Ansatz). Die Differenzierung der Geschäftsbereiche nach den verschiedenen Aufgabengebieten mit gesetzlichem Auftrag (Pflichtaufgaben) und als freiwillige Leistungen sind für gute Arbeitsabläufe in großen Kommunalverwaltungen erforderlich. Die großen gesellschaftlichen Herausforderungen wie die Stärkung des sozia-

len Zusammenhalts können wir jedoch nur durch ressortübergreifende integrierte Handlungsansätze meistern.

2. Intersektionale Kooperationsstrukturen

Im Referat SI erfolgt die Abstimmung zwischen den Ämtern und den Referatsabteilungen in gemeinsamen Besprechungen mit der Bürgermeisterin, die in regelmäßigen Abständen stattfinden. Die referatsübergreifende Zusammenarbeit erfolgt in der Lenkungsgruppe gesellschaftliche Integration unter dem Vorsitz der Bürgermeisterin für Soziales und gesellschaftliche Integration. In diesem Gremium sind verschiedene Fachämter und Stabsstellen auf Leitungsebene vertreten.

3. Begriffe für erweitertes Integrationsverständnis

Eine Anregung aus den Hearings zu „20 Jahre Bündnis für Integration“ (Mai bis September 2021) war, die konzeptionelle Weiterentwicklung des Stuttgarter Integrationskonzeptes auch mit neuen Begriffen zu verdeutlichen. Empfohlen wurde eine Umbenennung des Grundlagenpapiers als „Stuttgarter Bündnis für Inklusion“, erweitert: „Stuttgarter Bündnis für Inklusion und Zusammenleben in Vielfalt“. Der Begriff Integration suggeriere einen einseitigen Anpassungsprozess der Neuzugewanderten an eine scheinbar homogene Aufnahmegesellschaft.

Soziale Inklusion beschreibt die Gleichwertigkeit aller Menschen, die in ihrer Verschiedenheit von der Gesellschaft akzeptiert werden. Die gesellschaftliche Normalität ist die Vielfalt, das Vorhandensein von Unterschieden. Alle Men-



Das Gremium Internationaler Ausschuss unter Leitung von Dr. Alexandra Sußmann und Gari Pavkovic (Mitte vorne)

schen haben das Recht, im vollen Umfang an sämtlichen Lebensbereichen gleichberechtigt teilzuhaben und teilzunehmen. Es liegt in der Verantwortung von Politik und Verwaltung, die verschiedenen Lebensbereiche barrierefrei zu gestalten. In den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung wird der Begriff Inklusion verwendet, beispielsweise beim Ziel 16: „Förderung gerechter, friedlicher und inklusiver Gesellschaften“.

Gleichberechtigte Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen

Die Diskussion über die passenden Begriffe in der Integrationsarbeit wird in den Fachkreisen schon länger und ohne einen klaren Konsens geführt. Der Kommunale Qualitätszirkel zur Integrationspolitik hat 2017 eine Handreichung zur reflektierten Begriffsverwendung für öffentliche Verwaltungen und ihre Kooperationspartner*innen publiziert. Die Fachkommission der Bundesregierung plädiert in ihrem Bericht zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit von 2020 dafür, das Integrationsverständnis von Migration zu entkoppeln und auf die Gesellschaft als Ganzes zu beziehen. Die Integrationsproblematik soll in den Kontext des gesellschaftlichen Zusammenhalts eingebettet werden.

Die zunehmenden Tendenzen von gesellschaftlicher Spaltung, politischer Polarisierung und kulturellen Identitätskämpfen erfordern eine neue Verständigung darüber, was gesellschaftliche Integration und Zugehörigkeit ausmacht und welche Formen des zivilen Umgangs miteinander wir haben wollen. Die Empfehlungen der Fachkommission decken sich mit dem erweiterten Integrationsverständnis des Stuttgarter Referates Soziales und gesellschaftliche Integration. Es geht um die gleichberechtigte Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen, unabhängig von ihrer Herkunft.

Diskutiert wird auch die Frage, ob der Begriff „Migrationshintergrund“ in einem sozial inklusiven Verständnis von Zugehörigkeit noch sinnvoll ist. Nach deutschem Recht gehören alle Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, egal ob Nachkommen von Zugewanderten oder nicht, zur deutschen Nation.

Im vorliegenden Konzept geht es vorrangig um die Integration von Menschen mit Migrationsbiografie. In diesem Kontext verwenden wir weiterhin den Integrationsbegriff, weil sich der Begriff Inklusion auf die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen bezieht. Zugleich entwickeln wir sozialpolitische Strategien der gesellschaftlichen Integration nach Aufgabengebieten (Soziales, Gesundheit, Arbeitsförderung, Jugendhilfe, Bildung usw.) mit bedarfsgerechten Maßnahmen für chancenärmere Bevölkerungsgruppen unabhängig von ih-



Gemeinsam gestalten

rer Herkunft. Der Migrationshintergrund ist hierbei einer von mehreren Merkmalen. Bei der Planung von Maßnahmen ist er nur dann relevant, wenn Benachteiligungen tatsächlich migrationsbedingt sind. Mit diesem ganzheitlichen und kooperativen Ansatz der gesellschaftlichen Integrationspolitik können wir den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadtgesellschaft besser stärken als mit Denken und Handeln in getrennten Ressortzuständigkeiten.

Diskussion um Begriffsdefinitionen

Der unpräzise Begriff „mit Migrationshintergrund“ oder alternativ „mit Migrationsbiografie“ wird verwaltungsintern als Unterscheidungsmerkmal verwendet, um eine Ungleichheit der Lebensverhältnisse und Teilhabechancen statistisch zu erfassen. Das grundlegende Dilemma der Antidiskriminierungspolitik besteht darin, dass man die Diskriminierungsmerkmale benennen muss, um sie statistisch zu erfassen, aber diese Benennung zur weiteren Diskriminierung beiträgt. Eine Arbeitsgruppe der Integrationsministerkonferenz entwickelt Empfehlungen zu tauglicheren Konzepten und Begriffsdefinitionen, die 2022 vorliegen werden. Stuttgart bringt kommunale Sichtweisen und Vorschläge in diesen Diskussionsprozess ein.

Die Potenziale der migrationsbedingten Vielfalt werden in öffentlichen Verwaltungen weiterhin weniger genutzt als in der Privatwirtschaft. In bisherigen Berichten zur Beobachtung, Beschreibung und Analyse von Integrationsprozessen mit Hilfe von Indikatoren (Integrationsmonitoring) werden nur bestimmte Differenzen zwischen Bevölkerungsgruppen mit und ohne Migrationshintergrund erfasst. Ausgehend vom Verständnis, dass Integration gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen bedeutet, gilt die Angleichung der Lebensbedingungen von Personen mit und ohne Migrationshintergrund als ein Fortschritt der Integration. Aufgrund fehlender Daten beispielsweise zum Anteil der Migrant*innen als Arbeitgeber*innen oder als Fachleute in der Forschung von innovativen Technologien können die Potenziale der Eingewanderten nur über wissenschaftliche Studien genauer erfasst werden.

Aktuelle Arbeitsschwerpunkte

Die Jahre 2020 und 2021 standen ganz im Zeichen der Covid-19-Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen des öffentlichen Lebens. Die Markenzeichen Stuttgarts als Stadt der (Auto-)Mobilität, Kulturstadt und Modellstadt für eine gute Integrationspolitik wurden 2020 unfreiwillig ergänzt durch die mediale Darstellung der Landeshauptstadt als Protesthochburg. Nach den Protesten gegen den Bahnhofsneubau (Stuttgart 21) seit 2010 bekam Stuttgart erneut überregionale Aufmerksamkeit durch die Bewegung „Querdenken 711“ mit ihren Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen und durch die gewalttätigen Ausschreitungen junger Menschen im Juni 2020 in der Innenstadt („Jugendkrawalle“).

Da an den Gewaltexzessen gegen Polizei und Geschäfte viele Heranwachsende mit Migrationshintergrund beteiligt waren, kam seitens der Medien schnell die Frage auf, ob die Integration gescheitert sei. Jugendspezifisches Fehlverhalten wurde auch von Teilen der Politik hauptsächlich am Merkmal Migration festgemacht. Auf der anderen Seite beklagten sich junge Männer mit sichtbarem Migrationshintergrund über diskriminierendes Verhalten der Polizei durch häufige Personenkontrollen im öffentlichen Raum. Diese Konfliktlagen erforderten eine schnelle Intervention der Abteilung Integrationspolitik in enger Zusammenarbeit mit den Fachleuten aus der Jugendhilfe und mit der kommunalen Kriminalprävention.

Im Sinne der gesellschaftlichen Integration mussten wir auch der wachsenden Polarisierung durch die Proteste gegen die

Maßnahmen zum Infektionsschutz etwas entgegensetzen. Hier ist politische Aufklärung angesagt. Konflikte können den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, wenn deren Ursachen verstanden werden, wenn bei der Lösungssuche der Wettstreit der besseren Argumente zählt und wenn die offene Gesellschaft und die Grundwerte der liberalen Demokratie nicht zur Disposition gestellt werden. Irrationale Verschwörungserzählungen und einseitige Schuldzuschreibungen verstärken die Spaltungstendenzen. Unsere Haltung in Dialogen zur politischen Bildung ist: Respekt gegenüber jeder Person auf der Beziehungsebene, demokratisch geführter Streit auf der Sachebene und klare Positionierung gegen Diskriminierung und Rassismus. Stuttgart kann auch Modellstadt für die konstruktive Bewältigung der aktuellen Herausforderungen an die Demokratie werden.

Die hier skizzierten gesellschaftlichen Entwicklungen bestimmen die derzeitigen Arbeitsschwerpunkte der Integrationsarbeit in Stuttgart. Im Folgenden gehen wir auf die konkreten Maßnahmen ein. Dabei verzichten wir auf eine vollständige Auflistung aller Programme.

1. Migrantenspezifische Schutzmaßnahmen

Die Corona-Pandemie hat auch für die Integrationsarbeit neue Herausforderungen gebracht. Zugleich hinterfragt sie die bisherigen erfolgreichen Strategien auf verschiedenen Ebenen. Insbesondere durch die Kontaktbeschränkungen wurden Maßnahmen und Programme in den Bereichen Sprachförderung,



Die Pandemie stellte auch die Integrationsarbeit vor neue Herausforderungen.



Junge Erwachsene engagieren sich freiwillig im Projekt „Respektlotsen“.

Erwachsenenbildung, Arbeitsförderung, Jugendarbeit, Kultur- und Sport unterbrochen und mussten neu gedacht werden. In Krisen muss vor allem schnell gehandelt werden. Bei Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie stellte sich die Frage: „Wie erreichen wir die Migrant*innen?“. Ein wichtiges Instrument waren und sind mehrsprachige Kampagnen zum Infektionsschutz – vom Befolgen der AHA-Hygieneregeln über das Testen bis hin zum Impfen.

Im Sinne des Stuttgarter Bündnisses für Integration hat die Verwaltung Hand in Hand mit den Migrantenorganisationen und weiteren zivilgesellschaftlichen Institutionen Informations- und Aufklärungsarbeit in einfacher Sprache oder direkter Ansprache geleistet, um alle Bürger*innen zu erreichen. Schnell war auch klar, dass die Informationen zu Hygiene- und Verhaltensregeln in den Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete mit Aushängen am schwarzen Brett nicht ausreichen, um die Menschen zu sensibilisieren. So kam innerhalb einiger Tage eine Gruppe von Geflüchteten zusammen, die in Eigenregie von zuhause aus über Smartphones mehrsprachige Erklärvideos aufnahmen, die auf der städtischen Webseite und auf YouTube tausendfach angeklickt wurden.

youtube.com/watch?v=fEeph14EM3s

Dieses Engagement hat angehalten und sobald genug Impfstoff bereit war, haben Migrantenvereine und Moscheegemeinden ihre Räumlichkeiten für mobile Impfteams zur Verfügung gestellt und über Social Media zur Impfung aufgerufen. Zudem wurden in den Flüchtlingsunterkünften vor Ort für die Bewohner*innen im Mai und Juni 2021 durch das Sozialamt in Kooperation mit den mobilen Impfteams Impfangebote realisiert.

2. Nach den Jugendkrawallen: Konflikte überwinden

Auch die sogenannte Jugendkrawallnacht hat die städtischen Einrichtungen und weitere Verantwortliche zum Umdenken

aufgerufen. Nach dem Motto „Mit den Jugendlichen reden und nicht über sie“ wurde im Rahmen des „Runden Tisches Internationale Stadt“ mit der Bürgermeisterin ein Jugendforum eingerichtet, um mit jungen Menschen über ihre Erfahrungen und Bedürfnisse während der Pandemiezeit ins Gespräch zu kommen. In diesem Dialog geht es auch um die gemeinsame Entwicklung von Maßnahmen für eine jugendgerechte Innenstadt. Dieses Ziel verfolgt auch die interdisziplinäre Arbeitsgruppe „Strategierat integrierte Jugendarbeit Innenstadt“ mit Fachleuten aus der Mobilen Jugendarbeit, der Kriminalprävention, der Integrationsarbeit und aus weiteren Handlungsfeldern.

Zu konkreten Maßnahmen im zweiten Halbjahr 2020 zählt unter anderem das Projekt „Respekt geben! Respekt teilen!“ der Abteilung Integrationspolitik und der Stabsstelle Kommunale Kriminalprävention. Das Respektlotsen-Projekt mit freiwillig engagierten jungen Erwachsenen wird 2021 weitergeführt und soll darüber hinaus fortgesetzt werden. Großen Anklang fand auch die Aktionswoche #RESPEKT0711 zum Thema Respekt im täglichen Miteinander mit Kurzfilmen: stuttgart.de/leben/soziales/aktionswoche-respekt-0711.php



3. Vielfaltskompetenz der Verwaltung erweitern

Die Landeshauptstadt Stuttgart verfolgt zunehmend einen partizipativen Ansatz. Wir entwickeln nicht nur Maßnahmen für Migrant*innen (Jugendliche, Langzeitarbeitslose, Menschen mit Behinderungen usw.), sondern mit ihnen. Dieser Ansatz wurde bei der Stuttgarter Armutskonferenz 2019 erfolgreich umgesetzt. Betroffene gilt es zu Beteiligten zu machen und sie bereits bei der Planung von neuen Programmen mit einzubeziehen. Im Kontext von Migration beinhaltet der partizipative Ansatz unter anderem eine engere Zusammenarbeit der Fachämter mit Migrantenorganisationen und mit weiteren sachkundigen Personen zu Integrationsthemen (Internationaler Ausschuss, Refugee Support Group u.a.). Bei

den aktuellen Krisen wurde wieder deutlich, dass innerhalb der Verwaltung hauptsächlich die Abteilung Integrationspolitik über vielfältige Zugänge zu den verschiedenen Migrantengruppen verfügt.

Da Integration eine Querschnittsaufgabe der Verwaltung ist, werden in einigen Aufgabenbereichen partizipative Aktionspläne mit Migrant*innen ansatzweise entwickelt, beispielsweise in der Altenhilfeplanung und bei der aufsuchenden Befragung älterer Menschen in Stuttgart-Wangen. Der Bezirksvorsteher von Stuttgart-Zuffenhausen hat ein Migrationsforum für seinen Stadtbezirk ins Leben gerufen.

Die Abteilung Stadtentwicklung im Amt für Stadtplanung und Wohnen möchte zusammen mit der Abteilung Integrationspolitik ein partizipatives Handlungsprogramm für die Stadtbezirke als Orte der Internationalität und Interkulturalität entwickeln. Für diese und weitere innovative Ansätze der beteiligungsorientierten Planung und Umsetzung bedarf es zusätzlicher Personalressourcen. Notwendig ist eine gesamtstädtische Strategie des Verwaltungshandelns mit dem Fokus auf Migration/Integration und Vielfalt, damit interkulturelle Öffnungs- und Beteiligungsprozesse nicht wie bisher auf einzelne Handlungsfelder beschränkt bleiben. Dies soll ein integrationspolitischer Schwerpunkt der nächsten Jahre werden (siehe Kapitel Ausblick). Die Abteilung Integrationspolitik entwickelt einzelne Bausteine dazu mit weiteren Mitgliedern der Lenkungsgruppe gesellschaftliche Integration.

4. Vielfalt durch interkulturelle Personalpolitik

Die Personalgewinnung bleibt nach wie vor eine große Herausforderung für die Stadt Stuttgart als Arbeitgeberin. Deshalb wirbt sie seit 2018 in ihrer Personalmarketingkampagne „Stuttgart von Beruf“ auch mit Gesichtern von Mitarbeiter*innen mit sichtbarer Migrationsbiografie, um mehr Fachkräfte aus allen Bevölkerungsgruppen zu gewinnen.

In einem zweiten Schritt hat die Landeshauptstadt im Oktober 2019 eine anonyme freiwillige Befragung zum Migrationshintergrund der städtischen Mitarbeiter*innen durchgeführt. Diese war von der Abteilung Integrationspolitik seit vielen Jahren geplant, konnte aber aufgrund verschiedener Bedenken nicht realisiert werden. Unter Berücksichtigung der datenschutzrechtlichen Vorgaben konnte in Abstimmung mit allen relevanten Stellen ein einseitiger Fragebogen mit sieben Fragen entwickelt werden. Neben dem Datenschutz waren beteiligt: der Gesamtpersonalrat und der Örtliche Personalrat, das Haupt- und Personalamt und das Statistische Amt. Der Fragebogen wurde mit einem Anschreiben des Oberbürger-

meisters zusammen mit der monatlichen Gehaltsabrechnung an 15.000 Beschäftigte verschickt. Auf Grundlage der Ergebnisse wird die Verwaltung weitere Maßnahmen zur Personalgewinnung und -entwicklung erarbeiten.

5. Städtische Antidiskriminierungserklärung

Die Stadtverwaltung hat eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die seit 2020 innerbetriebliche Handlungskonzepte entwickelt. Basis dafür sind die Grundsätze der städtischen Antidiskriminierungserklärung vom 17. Oktober 2019. Die Konzepte sollen dazu beitragen, dass die Landeshauptstadt Stuttgart Vorbild für eine lebendige, vielfältige und offene Gesellschaft ist, die sich durch einen gegenseitigen wertschätzenden Umgang auszeichnet. Die Geschäftsordnung der Arbeitsgruppe Antidiskriminierung wurde im August 2020 von Oberbürgermeister Dr. Frank Nopper und von der Vorsitzenden des Gesamtpersonalrats unterzeichnet. Die Geschäftsführung für die Arbeitsgruppe liegt beim Haupt- und Personalamt.

6. Städtischer Dolmetscherdienst

Die Koordination des städtischen Dolmetscherdienstes liegt seit 2018 in der Zuständigkeit der Abteilung Integrationspolitik. Fünf Ämter nehmen die Dolmetscherleistung regelmäßig in Anspruch: Jugendamt, Schulverwaltungsamt, Gesundheitsamt, Sozialamt und Jobcenter. Ab 2022 werden die Honorarsätze für die sogenannten haupt- und nebenberuflichen Dolmetscher*innen vereinheitlicht.



Personalmarketing „Stuttgart von Beruf“

Die vorhandenen Haushaltsmittel der Ämter für diesen qualifizierten Dolmetscherservice werden voll ausgeschöpft. Teilweise kann der Bedarf mit den verfügbaren Sachmitteln nicht gedeckt werden. Dasselbe gilt für den Einsatz der Dolmetscher*innen im Integrationsmanagement der freien Träger (Pakt für Integration).

Seit 2019 bietet die Abteilung Integrationspolitik Fortbildungen für Dolmetscher*innen an. Bis September 2021 wurden knapp 60 Personen in sechs Gruppen geschult. Alle Schulungen werden in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Zentrum für transkulturelle Medizin e.V. durchgeführt. Insgesamt sind 170 Dolmetscher*innen für die Stadt tätig.

7. Niedrigschwellige Kursangebote Deutschkursangebote für Erwachsene

In der Pandemiezeit (2020 bis 2021) wurden die Bedingungen für die Deutschkursdurchführung seitens des Bundesamtes, des Landes Baden-Württemberg sowie der Stadt Stuttgart angepasst. Die Teilnehmenden konnten in verschiedenen Formaten wie zum Beispiel im Online-Unterricht sowie im Hybrid-Unterricht (Präsenz und Online) am Deutschkurs teilnehmen. Nicht allorts ist vor allem die digitale Unterrichtsumsetzung zu 100 Prozent gelungen und es muss auch aktuell noch nachgesteuert werden.

Für die niederschweligen städtischen „Mama lernt Deutsch“-Kurse konnten Interimslösungen in Form von Brückengesprächen realisiert werden, damit der Kontakt zu den Teilnehmerinnen während der Kursunterbrechung aufrechterhalten werden konnte. Diese ebenfalls niederschwellige

Form des Kontakthaltens führte nach dem Lockdown zur Rückkehr zahlreicher Teilnehmerinnen in die angebotenen Deutschkurse. Ergänzend zu dem bestehenden Kursangebot im Landesförderprogramm VwV Deutsch werden seit 2021 in Stuttgart neue ergänzende Maßnahmen der Sprachförderung wie beispielsweise niedrigschwellige Sprachcafés, Frauensprachtreffen und sprachkursbegleitende Coachings für die Teilnehmenden ohne Zugang zu den Bundeskursen angeboten. Durch diese zusätzlichen Angebote sollen die Lernenden an zertifizierte Sprachkurse herangeführt oder ihre bestehende deutsche Sprachkompetenz soll erhalten, verbessert und vertieft werden.

Als Stadt Stuttgart fördern wir neben den oben genannten Kursen auch spezifische Maßnahmen, die für die Menschen zugeschnitten werden, die in dem regulären Kursangebot keinen Anschluss finden. Mit der Maßnahme „Frauen... wir können mehr!“ nehmen lernungewohnte Migrantinnen an einem Deutschkurs in Kombination mit einer hauswirtschaftlichen Qualifizierung teil. Das Ziel ist das Heranführen der Teilnehmerinnen an ein Berufsfeld, kombiniert mit einer sprachlichen Förderung, die speziell auf das jeweilige Berufsfeld ausgerichtet ist.

Unterrichtsergänzende Sprachförderung

Die Abteilung Bildungspartnerschaft koordiniert unterrichtsergänzende Deutschförderangebote für neuzugewanderte Schüler*innen in allgemeinbildenden und in beruflichen Schulen sowie mit Lerncamps in den Ferien. Neben bewährten Angeboten wie zum Beispiel „Einfach Deutsch“ vom Jugendmigrationsdienst der AWO Stuttgart ist das Modellprojekt „Neuzugewanderte in Ausbildung“ von besonderer Bedeutung. Auszubildende mit unzureichenden schriftlichen Deutschkenntnissen nehmen an passgenauen berufsbezogenen Sprachkursen statt. Dieses Angebot gibt es derzeit an acht beruflichen Schulen in Stuttgart. Ausbildungsmanager*innen vor Ort sind Ansprechpersonen für die Schüler*innen, Lehrkräfte und die Betriebe.

8. Mehr Zusammenhalt durch Demokratiebildung

Neben der Sozial- und Integrationspolitik ist die Demokratieförderung ein wesentlicher Baustein der städtischen Maßnahmen zur Stärkung des sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalts in der Landeshauptstadt Stuttgart. Seit Herbst 2017 ist sie unter der Federführung der Abteilung Integrationspolitik Projektträgerin der lokalen Partnerschaft für Demokratie Stuttgart, die aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert und in Zusammenarbeit mit dem Stadtjugendring Stuttgart umgesetzt wird.



Deutschkursangebote für Erwachsene

Neben der jährlichen Veranstaltungsreihe „Internationale Wochen gegen Rassismus“ und bewährten Projekten zur politischen Bildung der Partnerorganisationen werden im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie verstärkt neue Formate einer demokratischen Streitkultur entwickelt, um sich konstruktiv mit aktuellen Konfliktthemen auseinanderzusetzen.

Die vielfältigen Projekte und Einzelmaßnahmen in den Bereichen Anti-Rassismus, Anti-Diskriminierung und Demokratiebildung werden in Kooperation mit der Stuttgarter Zivilgesellschaft umgesetzt. Mit zwei Demokratiekonferenzen jährlich findet eine Vernetzung aller wichtigen Akteur*innen statt. Ziel ist dabei die gemeinsame Gestaltung einer diskriminierungs- und rassismuskritischen Stadtgesellschaft auf Grundlage demokratischer Grundwerte, mit dem Fokus auf solidarisches Engagement für strukturell benachteiligte Bevölkerungsgruppen.

Über das „Netzwerk Demokratiebildung“, das gemeinsam mit dem Stadtjugendring und der Abteilung Bildungspartnerchaft gegründet wurde, werden weitere Träger von Demokratiebildungsprojekten in die Stuttgarter Partnerschaft für Demokratie (PfD) eingebunden. Die Projekte sind auf ihrer Webseite einsehbar:

partnerschaft-fuer-demokratie-stuttgart.de/demokratiebildung/

Stadt entwickelt Formate für politische Bildung

Die Landeshauptstadt Stuttgart fördert seit 2019 das Büro für diskriminierungskritische Arbeit mit dem Ziel des Aufbaus und der Verstärkung von professionellen Strukturen. Dies umfasst die Beratung und Selbststärkung für Betroffene von Rassismus und Diskriminierung, die Sensibilisierung der Stuttgarter Öffentlichkeit sowie die Qualifizierung und Vernetzung der Fachwelt. Die Abteilung für Integrationspolitik entwickelt selbst dialogische Formate der politischen Bildung. Im Programm „Hallo Demokratie“ werden neuzugewanderte Kinder und Jugendliche an wichtige Themen der Demokratiebildung herangeführt. Basis dieses Programms ist der gemeinsame Dialog über Demokratieerfahrungen und das gemeinsame Erleben von Demokratie in Stuttgart. Die ganze Stadt wird dabei als Lernort einbezogen. Kulturelle Institutionen und Gedenkorte als wichtige Kooperationspartner öffnen sich dadurch für Neuzugewanderte als eine bedeutende Zielgruppe ihrer Arbeit. Mit „Im Dialog für meine Stadt – Stuttgart besser machen“ unterstützt die Abteilung für Integrationspolitik ein offenes, dialogisches Projekt der Bürgerstiftung Stuttgart. In Jugend- und Zukunftsdialogen wird gemeinsam mit Persönlichkeiten aus lokalen politischen Ebenen über Aspekte des Zusammenlebens gesprochen, die in Zukunft verbessert werden sollen.



Das Projekt „Hallo Demokratie“ erweitert den Schulunterricht.

Viele Angebote der Demokratiebildung mussten während der pandemiebedingten Einschränkungen in 2020 und 2021 digital durchgeführt werden.

9. Integrationsarbeit für und mit Geflüchtete/n

Durch die Einführung des Integrationsmanagements im Rahmen des Landesprogramms „Pakt für Integration“ wurde 2017 die zielorientierte Fallarbeit in der sozialen Betreuung und Beratung von Geflüchteten aufgebaut. Dazu gehört eine strukturierte Datenerfassung mit dem digitalen Tool „Jobkraftwerk“. Die Zielvereinbarungen mit den Geflüchteten wurden beispielsweise in den Handlungsfeldern Sprache, Arbeitsmarkt und Wohnen abgeschlossen. Bis Ende September 2021 wurden rund 142.000 Beratungsgespräche sowie 5.790 Zielvereinbarungen dokumentiert. Darüber hinaus leistet das Integrationsmanagement auch einen wichtigen Beitrag zur ressortübergreifenden Zusammenarbeit zwischen Fachleuten aus der Flüchtlingssozialarbeit, dem Jobcenter und weiteren Institutionen.

Im Rückblick auf die Integrationsarbeit seit 2013 werden weiter unten die vielfältigen Integrationsmaßnahmen für Geflüchtete beschrieben. Dazu gehören erfolgreiche Modellprojekte wie der Stuttgarter Ausbildungscampus, Willkommensräume, niederschwellige Unterstützungsangebote für traumatisierte Personen in Gemeinschaftsunterkünften (Projekt OMID) und das Förderprogramm „Empowerment – Projekte VON Geflüchteten FÜR Geflüchtete“. Diese und weitere Programme benötigen eine städtische Förderung über das Jahr 2021 hinaus, damit erfolgreiche Integrationsverläufe trotz der negativen Auswirkungen durch die Corona-Pandemie sichergestellt werden können. Die etablierten Kooperationsstrukturen und Unterstützungsangebote sind notwendig, um neuen Schutzsuchenden schnelle Eingliederungsperspektiven zu ermöglichen, aktuell den Ortskräften aus Afghanistan.



Feier im Rathaus: zwei Jahre Empowerment „Von Geflüchteten für Geflüchtete“

10. Corona-Krise bremst Zuwanderung von Fachkräften

Am 1. März 2020 trat das Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) in Kraft, das zur Stärkung der qualifizierten Zuwanderung aus dem Ausland beitragen soll. Das FEG hat die gesetzlichen Regelungen für die Zuwanderung von Fachkräften aus Drittstaaten vereinfacht. Allerdings haben die Einreisebeschränkungen für diesen Personenkreis aufgrund der Covid-19-Pandemie die gewünschte Entwicklung deutlich gebremst.

Die Einreise ins Land wird durch die Schließung beziehungsweise die Notbesetzung der deutschen Auslandsvertretungen zusätzlich eingeschränkt. Des Weiteren spielt die wirtschaftliche Instabilität und Planungsunsicherheit in einigen Branchen eine große Rolle.

Das Welcome Center Stuttgart und der Welcome Service Region Stuttgart haben im Oktober 2020 ein Kooperationsnetzwerk eingerichtet, um die Fachkräftesicherung in Stuttgart und der Region aufrechterhalten zu können. Die Zusammenarbeit zwischen Ausländerbehörden, Arbeitsmarktakteuren und weiteren relevanten Fachstellen soll trotz des pandemiebedingten Rückgangs von persönlichen Beratungen von ausländischen Fachkräften und Unternehmen, die diese einstellen wollen, sichergestellt werden.

Um den künftigen Fachkräftebedarf zu decken, ist es darüber hinaus wichtig, die Studierenden als Fachleute von morgen in Stuttgart zu halten. Besonderes Potenzial liegt hier bei den internationalen Studierenden, von denen sonst drei Viertel das Land nach ihrem Hochschulabschluss wieder verlassen. Stuttgart zählt mit rund 20 Prozent zu den Städten mit den bundesweit meisten internationalen Bachelor- und Masterstudierenden. Aufgrund ihrer zusätzlichen Sprachkenntnisse und ihres länderspezifischen Wissens sind sie für Unter-

nehmen besonders wertvolle Fachkräfte. Doch durch die Covid-19-Pandemie wurde die Einreise sowie der Berufseinstieg dieser Zielgruppe deutlich erschwert.

Dem wirkt das Netzwerk Internationale Studierende unter Federführung der Abteilung Integrationspolitik entgegen, indem es die lokalen Akteur*innen und Angebote stärker miteinander vernetzt und dazu beiträgt, eine Willkommenskultur zu schaffen. Hervorzuheben sind hier die Veranstaltungen „Your start in Stuttgart and the region“, die internationalen Studienanfänger*innen das Ankommen erleichtert, und „Your future in Stuttgart“, die einen erfolgreichen Karrierestart der Absolvent*innen fördern. Auf diese Weise erhalten die internationalen Studierenden alle Informationen und Kontakte, die sie für einen langfristigen Aufenthalt in Stuttgart benötigen.

11. Selbstorganisation deutschsprachiger Muslime

In den letzten Jahren sind vermehrt verbandsunabhängige Organisationen von jungen deutschsprachigen Muslim*innen der zweiten und dritten Einwanderergeneration entstanden, deren Mitglieder oft unterschiedlicher ethnischer und konfessioneller Herkunft sind. Neben der Orientierung an islamischen Werten verstehen sie sich als Akteur*innen der Stuttgarter Zivilgesellschaft und vertreten die gesellschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder im Rahmen von Projekten und Initiativen zu Bildung, interreligiösem Dialog und in Initiativen zur Überwindung von Diskriminierung und Ungleichbehandlung.

Mit ihrem vielfältigen Engagement sind junge Muslim*innen aktive Mitgestalter*innen der Integrationsarbeit in Stuttgart, indem sie Ehrenämter übernehmen und in wichtigen gesellschaftlichen und politischen Gremien mitarbeiten, wie bei-

spielsweise in Arbeitskreisen der Landeshauptstadt Stuttgart und dem Internationalen Ausschuss des Stuttgarter Gemeinderats. Um die ehrenamtliche Arbeit der jungen Muslim*innen zu professionalisieren, wurde im September 2021 eine Qualifizierungstagung für „Junge Muslim*innen in der Jugendarbeit“ in Kooperation mit der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart organisiert. Die persönlichen Kontakte der Abteilung Integrationspolitik und der unabhängigen Islamberatung der Diözese bilden die Grundlage für die geplante Gründung eines „Forums junger Muslim*innen in Stuttgart“ in Ergänzung zum bestehenden Arbeitskreis der Stuttgarter Muslime, in dem überwiegend Mitglieder der islamischen Gemeinden vertreten sind.

Einen muslimischen Begegnungsort schaffen

Die Gebetsmöglichkeiten für Muslim*innen in der Innenstadt sind sehr eingeschränkt. Deshalb entwickelt derzeit eine Projektgruppe von freiwillig engagierten jungen Muslim*innen ein Konzept für einen Begegnungs- und Gebetsraum in Stuttgart-Mitte. Die Projektgruppe will einen nationalitätenübergreifenden muslimischen Begegnungsort in deutscher Sprache schaffen, der allen interessierten Bürger*innen Stuttgarts für den Austausch rund um das Thema Islam offensteht und der auch die Anforderungen für die Verrichtung des muslimischen Gebets erfüllt.

Das Projekt wird von der Abteilung Integrationspolitik koordiniert. Das Forum Hospitalviertel stellt die Räume für diesen Entwicklungsprozess. Das Hospitalviertel wäre mit seinen christlichen und jüdischen Gotteshäusern und Bildungseinrichtungen ein idealer Standort für ein muslimisches Begegnungs- und Gebetszentrum, das verschiedene Glaubensrichtungen des Islam vereinigt und auch ein integratives Angebot für geflüchtete Muslim*innen entwickelt.

12. Für ein vielfältiges Stuttgart: Haus der Kulturen

Das Forum der Kulturen und seine Mitgliedsvereine setzen sich seit Langem für ein Haus der Kulturen ein. Stuttgart als eine weltoffene Einwanderungsstadt benötigt einen repräsentativen Ort für vielfältige Begegnungen, interkulturelle künstlerische Produktionen und Veranstaltungen. Der Internationale Ausschuss unterstützt dieses Vorhaben aktiv seit 2017. Die Abteilung Integrationspolitik bekam im Dezember 2019 den Auftrag des Gemeinderats, das inhaltliche Profil eines Hauses der Kulturen und den Raumbedarf in einem Beteiligungsprozess bis Ende 2021 zu konkretisieren. Die Zwischenergebnisse zum Profil wurden im Frühjahr 2021 im Internationalen Ausschuss und im Ausschuss für Kultur und Medien vorgestellt. Auf dieser Grundlage wurde bis August 2021 eine externe standortunabhängige Raumplanungsstudie erstellt.



Gemeinsam gestalten: Haus der Kulturen



Workshop zur Raumplanungsstudie „Haus der Kulturen“

An der Konzeptentwicklung sind neben dem Forum der Kulturen und weiteren Fachleuten aus der Kulturarbeit, der Stadtplanung, der Erwachsenenbildung, der Wissenschaft und Zivilgesellschaft auch Initiator*innen weiterer neuer Häuser beteiligt, die inhaltliche Schnittstellen zu einem Haus der Kulturen haben: das ethnologische Linden-Museum (erforderlicher Neubau) sowie die Initiativen für ein Haus des Bürgerengagements und ein Haus der Jugend. Austausch besteht auch mit Verantwortlichen für das künftige Film- und Medienhaus und für das Kulturzentrum Villa Berg sowie mit der Initiative für ein Regenbogen-Haus der LSBTTIQ-Community.

Zusammenleben in einer internationalen Stadt

Geplante Vor-Ort-Besuche in bestehenden Häusern der Kulturen in anderen Städten waren aufgrund der Corona-Beschränkungen nicht möglich. Das erarbeitete Profil eines Hauses der Kulturen mit Empfehlungen zur programmatischen Umsetzung wird in einem Abschlussbericht Ende 2021 dokumentiert. Im Haus der Kulturen soll die künstlerische Vielfalt von Stuttgarter Kulturschaffenden gezeigt werden, neben Gastspielen von renommierten Künstler*innen aus aller Welt. Der Fokus wird auf Veranstaltungen mit Bezug zu verschiedenen Weltkulturen und auf zeitgenössische, transkulturelle Produktionen gelegt. In thematischen Vorträgen, Symposien und Workshops zum Mitmachen sollen alte Weisheitslehren und neues Wissen aus anderen Kulturkreisen vermittelt werden, die für eine persönliche Entwicklung und ein gutes Zusammenleben von Bedeutung sind. Denkbar sind auch internationale Konferenzen und lokale Zukunftsdialoge als Labore für eine sozial nachhaltige Stadtgesellschaft.

Die Potenziale der Vielfältigkeit und der gemeinschaftlichen Intelligenz sollen für die notwendigen sozialen und gesellschaftlichen Innovationen genutzt werden. Neben kulturellen Events und Bildungsveranstaltungen sind vielfältige Möglich-

keiten der Begegnung für Menschen aus verschiedenen Altersgruppen, Milieus und Lebenswelten vorgesehen. Somit soll das Haus der Kulturen mehr sein als ein interkultureller Veranstaltungsort. Es geht um die Gestaltung des Zusammenlebens in der internationalen Stadt mit kreativen Impulsen aus Kunst, transkultureller Bildung und Forschung sowie aus Bürgerdialogen und anderen Beteiligungsprozessen für ein neues Wir in Vielfalt.

Oberbürgermeister Dr. Frank Nopper setzt sich für einen zentralen Standort für das künftige Haus der Kulturen in der Innenstadt ein.

Der kreative Beteiligungsprozess soll wie bei anderen langjährigen Projektplanungen über 2021 hinaus fortgesetzt werden.



Stuttgart plant ein „Haus der Kulturen. Die Standortsuche läuft.



Empfehlungen der Stuttgarter Bündnispartner für Integration

Die Abteilung Integrationspolitik bekommt Impulse für die konzeptionelle und inhaltliche Weiterentwicklung der Stuttgarter Integrationsarbeit von verschiedenen Stellen. Dazu gehören:

- renommierte Migrationsexpert*innen aus der Wissenschaft wie Naika Foroutan, Aladin El-Mafaalani und Petra Bendel, die Vorträge zu verschiedenen Themen in Stuttgart abhalten
- Integrationsbeauftragte aus anderen Städten und weitere Fachleute, die sich regelmäßig im Kommunalen Qualitätszirkel zur Integrationspolitik austauschen
- lokale Kooperationspartner*innen des Stuttgarter Bündnisses für Integration

Im Kontext dieser Fortschreibung des städtischen Integrationskonzepts haben wir zwischen Mai und September 2021 mehrere halbtägige Hearings organisiert, um Stellungnahmen zu unserer bisherigen Arbeit zu bekommen, aber auch Empfehlungen zur Weiterentwicklung von Strategien und Aufgabefeldern:

7. Mai 2021

Auftaktveranstaltung zu 20 Jahre Stuttgarter Bündnis für Integration: Rückblick – Einblick – Ausblick

5. Juli 2021

Konzeptionelle Weiterentwicklung und Steuerung der Migrations- und Integrationsarbeit

14. September 2021

Vielfalt gestalten in der internationalen Stadt

Weitere Rückmeldungen kamen von Mitgliedern des Internationalen Ausschusses. Ausgewählte Ergebnisse dieser Anhörungen sind: Das inklusive Leitbild „Wir alle sind Stuttgarterinnen und Stuttgarter unabhängig von Herkunft“ wird von Teilen der Politik in Konfliktsituationen in Frage gestellt, so beispielsweise bei der Aufarbeitung der „Jugendkrawalle“ im Sommer 2020. Es ist genau zu untersuchen, inwieweit der Migrationshintergrund der Tatverdächtigen einen Einfluss auf das Fehlverhalten der jungen Männer hatte oder nicht. Soziale Probleme sollen nicht kulturalisiert werden. Die Stadtverwaltung soll stärker die Personen an der Entwicklung von Lösungsstrategien beteiligen, um die es auch geht. Dies gilt ebenso im Umgang mit Diskriminierung und Rassismus. Die Repräsentanz von Menschen mit Migrationsbiografie soll im öffentlichen Dienst, in Kultureinrichtungen und in politischen Gremien proaktiv gefördert werden.

Die Vielfalt der Kulturen, Sprachen und Sichtweisen sind Potenziale unserer Einwanderungsgesellschaft, die stärker für innovative Entwicklungen auf allen Ebenen genutzt werden können. Eine solche Vielfaltpolitik setzt verwaltungsintern eine engere Zusammenarbeit der Abteilung Integrationspolitik mit anderen Stabs- und Planungsstellen voraus. Migrantenorganisationen sind wichtige Partner bei der Weiterentwicklung der Integrations- und Vielfaltpolitik in der Stadt. Die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt zu Integration und Vielfalt soll verstärkt werden.



Die Abteilung Integrationspolitik der Landeshauptstadt Stuttgart



Blick zum Rathaus

Rückblick: Schwerpunkte der Integrationsarbeit

In diesem Kapitel werden die wichtigsten Meilensteine des „Stuttgarter Bündnis für Integration“ in der Zeit von 2001 bis 2021 aufgeführt.

2001 bis 2012

Sprachförderung und Bildung

Der wichtigste Schwerpunkt in der Amtszeit des Oberbürgermeisters Wolfgang Schuster (bis Januar 2013) war Integration durch Sprachförderung und Bildung.

2002

- Implementierung von städtischen „Mama lernt Deutsch“-Kursen und von Integrationskursen im Vorgriff auf entsprechende Planungen der Bundesregierung. 2008 folgt die Veröffentlichung des städtischen Lehrwerks „Mama lernt Deutsch“ durch den Verlag Ernst Klett Sprachen.
- Beginn des Umbaus von städtischen Kindertageseinrichtungen von Betreuungs- zu frühen Bildungseinrichtungen mit „Einstein in der Kita“. Vergleichbare Ansätze der frühen Bildung und ganzheitlichen Sprachförderung werden später trägerübergreifend ausgebaut.

2004

- Aufbau von Mentorenprojekten an Hauptschulen: „STARTklar“, „LERNaktiv“ und ab 2006 „Individuelle Lernbegleitung“ durch die Abteilung Integrationspolitik mit ehrenamtlichen Bildungspat*innen. In der Folgezeit kommen viele weitere Projekte anderer Träger hinzu.

2005

- Einrichtung des Kooperationsnetzwerks zu Integrationskursen sowie einer Erstberatungs- und Clearingstelle beim Sozialamt in Kooperation mit den Migrationsdiensten der freien Träger

2007

- Kampagne „Migranten machen Schule“ für mehr Vielfalt im Lehrerzimmer, Entwicklung und Publikation von guten Praxisbeispielen für den Unterricht und für interkulturelle Schulentwicklung (2010), landesweite Fortführung des Ansatzes ab 2010 durch das Kultusministerium als „NikLAS“ – Netzwerk für interkulturelles Lernen und Arbeiten an Schulen
- Empfehlungen der Abteilung Integrationspolitik für interkulturelle Schulentwicklung mit kommunalen Mitteln

nach dem Vorbild des Ansatzes im Kanton Zürich „QUIMS – Qualitätsentwicklung in multikulturellen Schulen“. Die Vorarbeit dazu erfolgt im Netzwerk zur beruflichen Qualifizierung junger Migrant*innen BQN Stuttgart.

- Konzeptentwicklung für die Stuttgarter Bildungspartnerschaft mit pädagogischen Verbänden von Kindertageseinrichtungen und Grundschulen und einem Qualitätsentwicklungsfonds für kooperative Schulentwicklungsprozesse. Die Einrichtung eines Kompetenzzentrums „Stuttgarter Bildungspartnerschaft“ wird 2008 vom Gemeinderat beschlossen, die Ansiedlung erfolgt Anfang 2009 als Stabsstelle beim Oberbürgermeister.

2009

- Publikation „Stuttgarter Bildungspartnerschaft“ des Oberbürgermeisters
- Interkulturelles Modellprojekt zur politischen Bildung „Jugend, Religion, Demokratie – Politische Bildung mit Jugendlichen in der Einwanderungsgesellschaft“ mit Förderung der Bundeszentrale für politische Bildung und der Robert Bosch Stiftung, von der Abteilung Integrationspolitik weitergeführt als „Dialog macht Schule“

2011

- Stuttgart wird Bildungsregion im Landesprogramm Bildungsregionen mit dem Fokus auf Kooperation von Schulen und nichtschulischen Bildungspartnern in ausgewählten Stadtbezirken und auf Elternarbeit. Daraus entsteht 2015 das Projekt „Interkulturelle Brückenbauerinnen und Brückenbauer“ in Stuttgart-Untertürkheim, das später auf weitere Stadtbezirke ausgeweitet wird.

Interkulturelle Maßnahmen in den Fachämtern

2002

- Beteiligung des Gesundheitsamtes am bundesweiten Modellprojekt „Transfer interkultureller Kompetenz“ (TiK)

2003

- Einrichtung des Arbeitskreises „Gesundheit und Migration“

2004

- Erstmalige Erhebung des Merkmals „Migrationshintergrund“ durch das Statistische Amt als Grundlage für spätere Publikationen zu Migration und Integration

- Gründung des „Fachzirkels Migration“ für die Beratungszentren des Jugendamts

2005

- Erstellung der „Interkulturellen Leitlinien zur Integration und interkulturellen Orientierung der Kinder- und Jugendhilfe in Stuttgart“

2008

- Entwicklung von Leitlinien zum kultursensiblen Kinderschutz
- Regionales Übergangsmanagement Schule – Beruf mit Maßnahmen, die sich auch gezielt an junge Migrant*innen richten

2009

- Gründung des Arbeitskreises „Migration und Behinderung“ und Beginn des Projekts „Migranteltern helfen Migranteltern“ in Kooperation mit der Elternstiftung BW und dem Staatlichen Schulamt Stuttgart
- Start der Einbürgerungskampagne „PASS – lass dich einbürgern!“

2011

- Start der Kampagne „Deine Stadt – Deine Zukunft“ unter der Federführung des Haupt- und Personalamtes für mehr Auszubildende mit Migrationshintergrund bei der Stadtverwaltung

Im Jahr 2007 unterzeichnet die Landeshauptstadt Stuttgart die „Charta der Vielfalt“. Diese geht auf eine Initiative von vier großen Unternehmen zurück und wird von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration begleitet. Ziel der Charta der Vielfalt ist es, ein Arbeitsumfeld zu schaffen, in dem alle Beschäftigten die gleiche Wertschätzung und Förderung erfahren, unabhängig von ethnischer Herkunft, Religion, Alter, Behinderung sowie sexueller Orientierung und Identität.

Förderung der Integrationsarbeit von Vereinen und weiteren Organisationen

Dazu gehören das Handlungsfeld Integration durch Sport mit niederschweligen Angeboten für Jugendliche (Gemeinschaftserlebnis Sport) und für Frauen mit Migrationshintergrund, Kultur- und Bildungsarbeit von Migrantenorganisationen, interkulturelle Qualifizierung von islamischen Gemeinden (ab 2008) und deren Einbindung in die kommunale Integrationsarbeit (Arbeitskreis Muslime ab 2010). Institutionell geförderte interkulturelle Organisationen wie das Forum der Kulturen und das Deutsch-Türkische Forum gehören zu den wichtigsten zivilgesellschaftlichen Partner*innen im Stuttgarter Bündnis für

Integration. Die Deutsche Jugend aus Russland (DJR) entwickelt neue Ansätze der kriminalpräventiven Jugendarbeit in Verbindung mit Sport („Boxen im Osten“), Kultur und politischer Bildung.

Internationaler Ausschuss

2004 wird der Internationale Ausschuss als beratender Ausschuss des Gemeinderats für Integration neu ausgerichtet. Statt der Direktwahl erfolgt eine Bestellung der sachkundigen Einwohner*innen, die sich als Expert*innen in den verschiedenen Themenbereichen der Integrationsarbeit auszeichnen.

Bundesweite und internationale Zusammenarbeit der Städte zu Integration

2006

- Mitwirkung der Landeshauptstadt am Integrationsgipfel der Bundeskanzlerin und an Arbeitsgruppen zum Nationalen Integrationsplan und zur Deutschen Islamkonferenz
- Gründung des europäischen Städtenetzwerks „Cities for Local Integration Policies for Migrants“ (CLIP) in Kooperation mit dem Europarat und der europäischen Stiftung Eurofound, um die eigene Integrationsarbeit im Austausch mit anderen europäischen Städten, Gremien und Wissenschaftlern zu optimieren. Die Stuttgarter Geschäftsstelle wird bis 2010 durch die Robert Bosch Stiftung gefördert.

2009

- Leitung des „Kommunalen Qualitätszirkels zur Integrationspolitik“ durch die Landeshauptstadt Stuttgart. In diesem bundesweiten Arbeitskreis sind beteiligt: etwa 30 deutsche Städte und Landkreise, Bundesbehörden, der Deutsche Städtetag, wissenschaftliche Forschungsinstitute und Stiftungen.

2010

- Mitwirkung Stuttgarts bei der Erstellung des ersten Nationalen Aktionsplans zur Integration.

2011

- Initiative des Oberbürgermeisters für eine Partnerschaft der Städte mit Institutionen auf europäischer, nationaler und europäischer Ebene im Rahmen der EU-Strategie 2020 („European Pact for Integration“)

Hinzu kommt eine aktive Öffentlichkeitsarbeit durch städtische Publikationen sowie durch Bücher des Oberbürgermeisters zu verschiedenen Integrationsthemen, ergänzt durch regelmäßige Interviews in lokalen und überregionalen Medien und durch Beiträge des Integrationsbeauftragten und seiner Kolleg*innen in Fachzeitschriften und Handbüchern zu Migration und Integration.

2013 bis 2021

In der Amtszeit des Oberbürgermeisters Fritz Kuhn (2013 bis Januar 2021) wird der Fokus auf Neuzugewanderte gelegt. Dies betrifft bedarfsgerechte Integrationsangebote für internationale Fachkräfte und Studierende und seit 2015 insbesondere für Geflüchtete (Ankommen erleichtern, Teilhabe fördern). Im neuen Referat Soziales und gesellschaftliche Integration werden ab 2016 ämter- und trägerübergreifende Kooperationsstrukturen zu Integration ausgebaut. Die Abteilung Bildungspartnerschaft übernimmt im engen Zusammenwirken mit der Abteilung Integrationspolitik die Federführung für das Handlungsfeld Integration durch Bildung. Oberbürgermeister Fritz Kuhn setzt wichtige Impulse gegen Diskriminierung und Rassismus. Daraus entstehen neue Kooperationsnetzwerke zur Demokratieförderung. Verwaltungsintern werden Arbeitsgruppen zur Umsetzung der städtischen Antidiskriminierungserklärung eingerichtet.

Welcome Center und Angebote für internationale Studierende

Beim Ratschlag des Oberbürgermeisters zu Integration im Juli 2013 sprechen sich Arbeitsmarktakteure und Migrationsdienste für die Einrichtung eines Willkommenszentrums aus und bieten ihre Mitarbeit in einem solchen Neubürgerservice an. Erste Impulse dazu gehen vom Arbeitskreis Willkommens- und Anerkennungskultur der Fachkräfteallianz Region Stuttgart aus. Die Einrichtung eines städtischen Willkommenszentrums für Neubürger*innen wird im September 2013 im Gemeinderat beschlossen. Im Mai 2014 folgt der Beschluss zur Anmietung der Räume am Charlottenplatz durch die Landeshauptstadt für das Willkommenszentrum sowie für den Verein Welthaus Stuttgart und den Weltladen. Zeitgleich ermöglicht das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg die landesweite Einrichtung von zehn regionalen Welcome Centern für internationale Fachkräfte, darunter auch eines für die Region Stuttgart.

Nach Abstimmungsgesprächen des Oberbürgermeisters mit der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart (WRS) wird das Welcome Center Stuttgart im Oktober 2014 in gemeinsamer Trägerschaft von Stadt und WRS eingerichtet. Die schnelle Realisierung ist dank der Zuwendungen seitens der Robert Bosch Stiftung und des Ministeriums für Integration BW für das städtische Personal in einer dreijährigen Pilotphase möglich. Die Bürgermeister der Referate für Allgemeine Verwaltung und Finanzen befürworten die Beteiligung der Stadt an den Umbaukosten, die ebenfalls im Mai 2014 vom Gemeinderat beschlossen wird. Nach der Pilotphase wird das Welcome Center durch Stellenschaffungen und Aufstockung der städtischen Mitarbeiterinnen in einem Umfang von 2,5 Personalstellen als eine dauerhafte Einrichtung betrieben. Das interdisziplinäre Beratungsteam von Stadt und WRS wird durch Mitwirkung der Migrationsdienste im Umfang von 0,5 Stellenanteilen ergänzt.

Die Abteilung Integrationspolitik entwickelt ergänzende Integrationsangebote für internationale Studierende (Student Welcome Club u.a.) und initiiert die individuelle Begleitung der Neuzugewanderten durch ehrenamtlich engagierte Willkommenspat*innen.

Das Welcome Center Stuttgart gilt überregional und international als eine Modelleinrichtung und als Vorbild für die Gründung vergleichbarer Beratungsstellen in anderen deutschen und europäischen Städten.

Im Zeitraum zwischen Oktober 2014 und August 2021 werden insgesamt knapp 22.000 Anfragen bearbeitet, viele davon persönlich während der Öffnungszeiten. Die meisten Ratsuchenden kommen aus südeuropäischen EU-Staaten sowie aus Indien und Syrien. Die häufigsten Anfragen betreffen das Erlernen der deutschen Sprache, gefolgt von Fragen zum Aufenthaltsrecht, zur Arbeitssuche und zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse.

Flüchtlingsintegration

Die größte integrationspolitische Herausforderung war wie in allen deutschen Kommunen die Unterbringung und Integration der Geflüchteten, die seit 2015 vor allem aus Syrien, Irak und Afghanistan sowie aus Krisenregionen Afrikas über die Balkanroute und über das Mittelmeer nach Deutschland kamen. Der Stuttgarter Weg der Flüchtlingsintegration wird in den regelmäßig publizierten Stuttgarter Flüchtlingsberichten dargestellt. Der Oberbürgermeister richtet bereits Anfang 2014 die ämterübergreifende „Lenkungsgruppe Flüchtlinge“ ein, um die Aufnahme und Betreuung der Asylsuchenden zu koordinieren. Oberbürgermeister Fritz Kuhn setzt damit ein Signal: Die Verwaltung bereitet sich frühzeitig und gründlich auf die Aufnahme der Flüchtlinge vor. Die seitdem entwickelten Unterstützungsmaßnahmen für Geflüchtete von Bund, Land, Kommune, Wirtschaft und Zivilgesellschaft können in diesem Rückblick nur sehr verkürzt und unvollständig dargestellt werden.

2014

- Dezentrale Unterbringung der Geflüchteten in kleineren Wohneinheiten, aufgrund des großen Flüchtlingszuzugs verstärkt in Wohnheimen („Systembauten“) mit maximal 250 Plätzen pro Unterkunft. Soziale Betreuung und Hausleitung aus einer Hand durch freie Träger der Wohlfahrtspflege.
- Ehrenamtlich organisierte Flüchtlingsfreundeskreise werden im Umfeld der Flüchtlingsunterkünfte initiiert.

2015

- Städtische Koordinatorin für die Qualifikation und Vernetzung bürgerschaftlich Engagierter in der Flüchtlingsarbeit beim Sozialamt.

- Einrichtung der ämterübergreifenden Task Force Integration mit einer Steuerungsgruppe und sechs thematischen Arbeitsgruppen: Arbeit und Ausbildung; Sprache und kulturelle Werte; Familien, Kinder und Jugendliche; soziale Integration im Quartier; gesundheitliche Integration sowie Kommunikation/Öffentlichkeitsarbeit. Die AG Kommunikation hat die Stuttgarter Webseite zur Flüchtlingsintegration als ein Informationsportal für ehrenamtliche Flüchtlingshelfer*innen und für geflüchtete Menschen selbst neu gestaltet (fluechtlinge.stuttgart.de).
- Start der Deutsch- und Alphabetisierungskurse für Geflüchtete mit Landesförderung (VwV Deutsch) in Ergänzung zu städtischen Deutschkursen für Asylsuchende, die keine Berechtigung für einen Integrationskurs haben.

2016

- Gründung des Ausbildungscampus Stuttgart mit konzeptioneller Vorarbeit durch den Runden Tisch „Flüchtlinge und Ausbildung“. Der Ausbildungscampus ist ein Treffpunkt und ein Lernort für junge Menschen mit Flucht- oder Migrationsbiografie, die Beratung und Begleitung auf dem Weg zur beruflichen Integration benötigen. Zu den vielfältigen Kooperationspartnern auf dem Ausbildungscampus gehören das Jobcenter, die Agentur für Arbeit Stuttgart, die Kammern und Betriebe sowie die gemeinnützige Organisation ArrivalAid.
- Projekt der Abteilung Integrationspolitik „Berufsintegrationslotsen für Asylsuchende“ (BILO) mit Zuwendungen aus dem Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung“ (IQ). Freiwillig engagierte Lots*innen unterstützen Asylsuchende bei der Arbeitssuche.
- Beginn der Stuttgarter Flüchtlingsdialoge in Flüchtlingsunterkünften, in Stadtteilzentren und in weiteren öffentlichen Einrichtungen, moderiert von der Abteilung Integrationspolitik. Im Vordergrund stehen die persönlichen Erfahrungen der Geflüchteten in der ersten Phase des Ankommens.
- Gründung der neuen Abteilung „Migration und Teilhabe“ im Jobcenter Stuttgart. Die Abteilung sichert die Existenz der anerkannten geflüchteten Menschen in Stuttgart und berät und begleitet diese auf ihrem Weg in Arbeit und Ausbildung. Dabei sind ein familienzentrierter Ansatz sowie eine wirkungsorientierte Vernetzung aller relevanten Akteure handlungsleitend. Innovative und zielgruppenspezifische eigens konzipierte Integrationsmaßnahmen sowie ein Intensivcoaching in den „Netzwerken ABC“ ergänzen bedarfsgerecht das Angebot. In die Abteilung Migration und Teilhabe ist auch das „Netzwerk zur Integration von Flüchtlingen in Arbeit“ (NIFA) integriert.

2017

- Aufbau der Stuttgarter Support Group Refugees (Netzwerk Flüchtlinge helfen Flüchtlingen) nach dem Vorbild einer vergleichbaren Support Group in der Region Göteborg in Schweden, mit der Stuttgart im fachlichen Austausch steht.
- Beginn des Projekts „MiMi-Gewaltprävention mit Migrant*innen für Migrant*innen“, koordiniert von der Abteilung Chancengleichheit und Diversity. Ab 2018 wird ein Männercafé im Mehrgenerationenhaus Stuttgart-Heslach eingerichtet, das von MiMi-Mentoren organisiert wird.
- Das Sozial- und Integrationsministerium Baden-Württemberg schließt mit den Kommunalen Landesverbänden den Pakt für Integration. Kernstück dieses Landesprogramms ist die Gewährleistung der sozialen Beratung und Begleitung von Geflüchteten in der kommunalen Anschlussunterbringung (kommunales Integrationsmanagement). In Stuttgart werden die freien Träger der Flüchtlingssozialarbeit als Integrationsmanager*innen aus dem Landesprogramm finanziert. Dadurch kann die Stadt mit frei gewordenen Mitteln bedarfsgerecht ergänzende Integrationsmaßnahmen und Projekte in der Flüchtlingshilfe auf den Weg bringen. Mit der Steuerungsgruppe zum Pakt für Integration, der Arbeitsgruppe Soziale Arbeit und mit weiteren Arbeitsgremien wird der Pakt für Integration vor Ort durch die Sozialplanung Geflüchtete koordiniert. Das Landesprogramm läuft bis vorerst Ende 2022.

2018

- Start des städtisch finanzierten Empowerment-Programms von Geflüchteten für Geflüchtete: Projekte werden gefördert, die von den Geflüchteten selbst in Zusammenarbeit mit verschiedenen Kooperationspartnern geplant und durchgeführt werden.
- Zu den städtisch kofinanzierten Projekten gehört das Unterstützungsangebot OMID des Stuttgarter Caritasverbandes. Dieses niederschwellige Stabilisierungsangebot für traumatisierte Flüchtlinge in den Gemeinschaftsunterkünften wird von allen Stuttgarter Trägern sichergestellt.
- Im Rahmen des EU-Projekts „FIER“ („Fast-track Integration of refugees in European Regions“) werden unter anderem Konzepte der berufsbegleitenden Sprachförderung im Hotel- und Gaststättengewerbe erprobt. Die aus diesem Projekt gewonnenen Erkenntnisse fließen in die Maßnahmenplanung des Jobcenters ein.
- Einrichtung von fünf Willkommensräumen in vier äußeren Stadtbezirken sowie in Stuttgart-Mitte mit dem Ansatz, Integration im Quartier durch Öffnung von Regelstrukturen zu schaffen. Mit den Willkommensräumen wird Begegnung und Engagement wohnortsnah ermöglicht.

- Diesen Ansatz verfolgen weitere interkulturelle Begegnungsorte wie beispielsweise der Treff Mosaik im Kernerviertel (Verein für Internationale Jugendarbeit) und der Verein Welthaus Stuttgart mit Angeboten, die sich auch an Geflüchtete richten.

Zu der Vielfalt der Integrationsprogramme gehören mädchen- und frauenspezifische Angebote für Mädchen und Frauen beim Verein für Internationale Jugendarbeit (vij), bei IN VIA Katholische Mädchensozialarbeit und bei weiteren freien Trägern. Mit dem Projekt Regenbogen Refugium des Vereins Weissenburg wird eine Anlauf- und Beratungsstelle für LSBTTIQ Geflüchtete angeboten. Die Psychologische Beratungsstellen für politisch Verfolgte und Folteropfer (refugio Stuttgart e.V., PBV Stuttgart) sind wichtige Fachdienste für traumatisierte Geflüchtete.

Die Landeshauptstadt nimmt als erste von 25 Kommunen in Baden-Württemberg schutzbedürftige jesidische Frauen und Kinder aus dem Sonderkontingent des Landes für besonders schutzbedürftige Frauen und Kinder aus dem Nordirak auf. Dieses Programm wird 2015 initiiert, um den Jesidinnen die notwendige psychologische und medizinische Unterstützung bereit zu stellen. Zu einem vollständigen Ansatz der Flüchtlingshilfe gehört auch die Rückkehrberatungsstelle „Zweite Chance Heimat“ in Trägerschaft der Arbeitsgemeinschaft für die Eine Welt (AGDW). Eine Übersicht der Flüchtlingsfreundeskreise sowie der Initiativen und Projekte in der Flüchtlingsarbeit mit dem Schwerpunkt Bürgerengagement ist unter anderem im 40. Stuttgarter Flüchtlingsbericht zu finden.

Stuttgarter Gesamtprogramm Sprache

Der Bund legt 2016 ein neues Gesamtprogramm Sprache für nicht mehr schulpflichtige Jugendliche und Erwachsene auf. Ziel ist eine systematische, aufeinander aufbauende Sprachförderung aus einem Guss. Das Bundesinnenministerium ist für die Grundförderung im Rahmen der Integrationskurse bis Sprachniveau B1 nach dem Europäischen Referenzrahmen zuständig, das Bundesarbeitsministerium für die darauf aufbauende berufsbezogene Sprachförderung (Berufssprachkurse gem. § 45a AufenthG) bis Sprachniveau C2. Die Kurse werden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) organisiert.

Im Zuge der Veränderungen auf Bundesebene wird 2017 auch die Sprachförderung in Stuttgart mit dem Steuerungskreis Stuttgarter Gesamtprogramm Sprache im Referat Soziales und gesellschaftliche Integration neu organisiert. Der von der Abteilung Integrationspolitik koordinierte Steuerungskreis dient der Abstimmung und Optimierung der Abläufe zwischen allen beteiligten Stellen.

Alle Kursträger haben im Mai 2017 eine Vereinbarung mit der Landeshauptstadt Stuttgart unterzeichnet, mit der sie

sich zu einer verbindlichen Zusammenarbeit verpflichten. Hierzu hat die Landeshauptstadt eine eigene Kursdatenbank etabliert, die eine aktuelle Übersicht über alle Deutschkurse in Stuttgart bietet. Städtische Deutschkurse, Integrationskurse sowie Berufssprachkurse werden von der Clearingstelle sprachliche Integration des Sozialamts erfasst und im Internet (welcome.stuttgart.de/deutschkurse) veröffentlicht.

Seit März 2019 erprobt die Stadt Stuttgart in Zusammenarbeit mit dem BAMF ein Verfahren zur Integrationskurszusteuern. Das Ziel der kommunalen Test- und Meldestelle Stuttgart ist es, verpflichtete Teilnehmende schneller in geeignete Integrationskurse zu vermitteln und sie während des Kursbesuches zu begleiten.

Die verpflichteten Personen werden von der Ausländerbehörde, der Asylbewerberleistungsstelle des Sozialamtes und dem Jobcenter für die Testung eingebucht. Die Testung findet in den Räumlichkeiten der Clearingstelle sprachliche Integration statt. Anschließend beraten die Vertreter der Clearingstelle und des BAMF die Getesteten gemeinsam. Die Zusteuern obliegt letztlich dem BAMF. Die Abteilung Integrationspolitik koordiniert das Verfahren.

Interkulturelle Ausrichtung der Verwaltung

2016

- Einrichtung der Senioren-WG „Emin Eller“ mit muttersprachlichem Angebot für türkischstämmige Pflegebedürftige in Zuffenhausen-Rot

2017

- Einrichtung der Lenkungsgruppe gesellschaftliche Integration zur Bearbeitung der migrationspezifischen und der gesellschaftspolitischen Themen (Integration chancenärmerer Gruppen, Stärkung des sozialen Zusammenhalts, sozial inklusive Quartiersentwicklung).

2018

- Die Abteilung übernimmt die Koordinierung des städtischen Dolmetscherdienstes (davor beim Fremdsprachendienst in der Abteilung Protokoll, Empfänge und Ehrungen angesiedelt).
- Befragung älterer Migrant*innen in islamischen Gemeinden, Migrantenkulturvereinen und herkunftssprachlichen Seniorentreffs als Grundlage für die Weiterentwicklung der kultur- und religionssensiblen Altenhilfe

2019

- Befragung zum Migrationshintergrund der Beschäftigten der Landeshauptstadt Stuttgart

Initiativen gegen Rassismus und Diskriminierung

Der Oberbürgermeister setzt sich wiederholt gegen Rassismus und für eine weltoffene Stadtgesellschaft ein. In der Protesthochburg Stuttgart gab es keine Pegida-ähnlichen Kundgebungen gegen Muslime und Geflüchtete wie in anderen deutschen Großstädten.

Netzwerke und Strukturen gegen Diskriminierung werden ausgebaut.

2014

- Die Landeshauptstadt beteiligt sich als Stiftungsgründerin an der Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus.

2015

- Ein zivilgesellschaftliches Kooperationsnetzwerk organisiert erstmalig die Internationalen Wochen gegen Rassismus in Stuttgart.

2016

- Die Abteilung Integrationspolitik beteiligt sich an Dialogveranstaltungen der Initiative „Offene Gesellschaft“.

2017

- Stuttgart baut die lokale Partnerschaft für Demokratie mit Zuwendungen des Bundes aus dem Programm „Demokratie leben!“ auf.

2018

- Aktionswochen der Initiative „Vielfalt – 0711 für Menschenrechte“ anlässlich der Verabschiedung der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen vor 70 Jahren. Die AnStifter und die Stiftung Geißstraße 7 haben dieses Gemeinschaftsprojekt ins Leben gerufen, an dem sich über 220 zivilgesellschaftliche Gruppen sowie Kultureinrichtungen mit vielfältigen Veranstaltungen beteiligt haben.

2019

- Das Antidiskriminierungsbüro (heute: Büro für diskriminierungskritische Arbeit, angesiedelt beim Stadtjugendring) wird städtisch gefördert, nachdem die Landesförderung Ende 2018 ausgelaufen ist. Die Zuwendung wird ab dem Doppelhaushalt 2020/21 erhöht.
- Der Oberbürgermeister und der Gesamtpersonalrat unterzeichnen die städtische Antidiskriminierungserklärung.

2020

- Expertenworkshops zu Bildung und Demokratie im Rathaus

IQ Netzwerk Stuttgart: Verbesserung der Arbeitsmarktchancen für Migrant*innen

Im Rahmen des landesweiten Netzwerks „Integration durch Qualifikation“ (IQ) Baden-Württemberg wird ab 2011 das regionale IQ Netzwerk Stuttgart aufgebaut. Von den IQ Netzwerken Baden-Württemberg und Stuttgart gehen wichtige Impulse zur interkulturellen Ausrichtung und Qualifizierung der Arbeitsmarktakteure aus. Bei der AWO Stuttgart wird das Beratungszentrum zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen eingerichtet. Anpassungsqualifizierung für Erzieher*innen werden vom Stuttgarter Jugendamt durchgeführt. Über das IQ Netzwerk Baden-Württemberg wird das Projekt „Berufsintegrationslotsen für Asylsuchende“ gefördert, ebenso Maßnahmen zur Stärkung der Migrantenökonomie in Stuttgart.

Internationaler Austausch

Der bestehende Fachaustausch auf Landes- und Bundesebene wird durch neue Kooperationen auf internationaler Ebene ergänzt:

2017

- Stuttgart wird Mitglied von EUROCITIES und engagiert sich insbesondere im Eurocities Social Affairs Forum.
- Stuttgart beginnt über das EU-Programm Erasmus+ einen produktiven Austausch mit Göteborg in Schweden. Daraus entwickelt sich die Supportgroup Network Refugees Stuttgart.

2018

- Stuttgart wird Mitglied des Städtenetzwerks Act Now zur Förderung und Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts auf lokaler Ebene. Im Netzwerk sind unter anderem Bürgermeister von Städten aus Jordanien, Libanon und der Türkei vertreten, ebenso aus Südeuropa, die große Herausforderungen in der Flüchtlingsarbeit zu meistern haben.
- Austausch mit der Initiative Welcoming America zur Willkommenskultur.

Ausblick

Die Abteilung Integrationspolitik wird ihre strategische Integrationsplanung verstärkt in der Zusammenarbeit mit städtischen Ämtern und Stabsstellen weiterentwickeln, um den kompetenten Umgang mit migrationsbedingter Vielfalt in allen Arbeitsfeldern der Verwaltung sicherzustellen. Die interkulturelle Ausrichtung der Verwaltung umfasst:

- Entwicklung von passgenauen Maßnahmen für chancenarme Zugewanderte in Kooperation mit den jeweiligen Abteilungen und Ämtern
- Sozialräumliche Orientierung: Angemessene Berücksichtigung integrationspolitischer Aspekte im aktualisierten Stadtentwicklungskonzept und bei Programmen in den Stadtbezirken
- Intersektionalität: Abgestimmtes Handeln mit Planungsstäben der Ämter und der verschiedenen Referatsabteilungen (Stabsstellen) in den Schnittstellen von Migration zu Gender, Alter, Behinderung, LSBTI-Menschen (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und intersexuelle Menschen) und soziale Position
- Fokus Migration bei der Personalgewinnung und Personalentwicklung: Proaktives Handeln gegen Fachkräftemangel durch Kampagnen für mehr Auszubildende und Beschäftigte mit Migrationshintergrund bei der Stadt, Weiterbil-

dungen und weitere Maßnahmen zum kompetenten Umgang mit Vielfalt und gegen Diskriminierung in der Verwaltung

Eine zentrale Aufgabe bleibt die Stärkung des sozialen Zusammenhalts im Zusammenwirken von Kommune und Zivilgesellschaft. Die Stuttgarter Partnerschaft für Demokratie wird als Kooperationsnetzwerk ausgebaut. Unser Ziel ist es, das zivilgesellschaftliche Engagement in dialogorientierten und zu verstetigenden Strukturen zu bündeln. Die Abteilung Integrationspolitik entwickelt neue partizipative Elemente der kooperativen Demokratie mit der Bürgerstiftung Stuttgart und unterstützt die Pläne für ein „Haus des Bürgerengagements“.

Ein neues und erweitertes Integrationsverständnis beinhaltet mehr als die Verständigung über zeitgemäße Begriffe in der Integrationsarbeit. Es geht um eine gemeinsame Vorstellung darüber, wie wir unsere vielfältige Stadtgesellschaft gestalten wollen und wie wir die großen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft meistern können. Der gesellschaftliche Wandel beginnt mit dem Bewusstseinswandel. Die Vision vom guten Zusammenleben in Stuttgart ist ein Aushandlungsprozess von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Die Wege dorthin sind gemeinsame Zukunftsdialoge, ebenso konkretes Engagement für ein besseres Miteinander.



Bei der Veranstaltung „Heimat Stuttgart“ 2019 im Rathaus diskutierten (von links nach rechts) Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani, Argyri Paraschaki, Susanne Babila, Gari Pavkovic und Kerim Arpad.



Publikationen der Integration

Anhang

Ausgewählte Publikationen zu Stuttgarter Integrationspolitik

Landeshauptstadt Stuttgart (2006): Stuttgarter Bündnis für Integration. Grundlagen der Integrationspolitik in der Landeshauptstadt Stuttgart.

Landeshauptstadt Stuttgart (2009): Stuttgarter Bündnis für Integration. Fortschreibung 2009.

Landeshauptstadt Stuttgart (2009): Stuttgarter Bildungspartnerschaft.

Landeshauptstadt Stuttgart (2011): Zehn Jahre Stuttgarter Bündnis für Integration.

Landeshauptstadt Stuttgart (2020): 40. Stuttgarter Flüchtlingsbericht – Stand 03/2020.

Özbabacan, Ayşe/Pavković, Gari (2018): Stuttgart. Die Interkulturelle Stadt. ANKOMMEN. BLEIBEN. MITGESTALTEN. In: Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hg.): Handbuch Lokale Integrationspolitik. Wiesbaden.

Özbabacan, Ayşe/Pavković, Gari (2018): Der Stuttgarter Weg der Integration von Geflüchteten. Sonderheft des Nachrichtendienstes des Deutschen Vereins zum 81. Deutschen Fürsorgetag in Stuttgart.

Pavković, Gari (2009): Es braucht eine ganze Stadt, um Kinder und Jugendliche zu integrieren. In: Bertelsmann Stiftung (Hg.): Integration braucht faire Bildungschancen. Gütersloh.

Pavković, Gari (2020): Viele Konzepte, zu wenig Ergebnisse: zur interkulturellen Öffnung kommunaler Verwaltungen. In: Löhr, Tillmann (Hg.): Kommunale Integrationspolitik: Strukturen, Akteure, Praxiserfahrungen. Hand- und Arbeitsbücher des Deutschen Vereins, Band 27. Berlin.

Schuster, Wolfgang, Hg. (2006): Wir sind Stuttgart – We are Stuttgart. Stuttgart/Leipzig.

Schuster, Wolfgang (2012): Willkommen im Einwanderungsland! ©Landeshauptstadt Stuttgart.

Weitere Literaturhinweise

Bertelsmann Stiftung (2017): Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt. Sozialer Zusammenhalt in Deutschland. Gütersloh.

El-Mafaalani, Aladin (2018): Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt. Köln.

Europäische Union, Generaldirektion Regionalpolitik (2011): Städte von morgen. Herausforderungen, Visionen, Wege nach vorn.

Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit (2020): Gemeinsam die Einwanderungsgesellschaft gestalten.

Foroutan, Naika (2019): Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie. Bielefeld.

Friedrich-Ebert-Stiftung (2019): Ein Zeitfenster für Vielfalt. Chancen für die interkulturelle Öffnung der Verwaltung. Bonn.

Kommunaler Qualitätszirkel zur Integrationspolitik (2014): Jubiläumsbroschüre 2009 – 2014.

Kommunaler Qualitätszirkel zur Integrationspolitik (2017): Begriffe der Einwanderungs- und Integrationspolitik. Reflexionen für die kommunale Praxis.

Robert Bosch Stiftung (2019): Zusammenhalt in Vielfalt. Das Vielfaltsbarometer 2019 der Robert Bosch Stiftung.

Sachverständigenrat für Integration und Migration (2021): Normalfall Diversität? Wie das Einwanderungsland Deutschland mit Vielfalt umgeht. Jahresgutachten 2021. Berlin.

Universität Mannheim, Institut für Mittelstandsforschung (2017): Gründungspotenziale von Menschen mit ausländischen Wurzeln: Entwicklungen, Erfolgsfaktoren, Hemmnisse. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.

